

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorn.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Möhrstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserte finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **585 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Zeitlohnprämien. (Das System Galsky.)

Trotz aller Anstrengungen der Gewerkschaften vollzog sich der Fortschritt der Arbeitslohnbemessung im Grunde genommen gegen die Arbeiter. Wenn schon die Unternehmer in der Form und auch in der Höhe der Entlohnung Konzessionen machten, so waren sie dafür auf der andern Seite mit Erfolg bemüht, durch eine Steigerung der Arbeitsleistung die Produktionskosten herabzubringen, und da dies nicht immer und nicht überall gelang, hinterdrein an den Löhnen selbst abzugraden, wo und wie es nur anging. Um besten gelang dies beim Stücklohn und den darauf beruhenden Lohnberechnungen. Das sogenannte „Morddreifachen“ der Unternehmer hat die Arbeiter nicht nur enttäuscht und erbittert, sondern oft auch zu Ausständen geführt. Wie es gemacht wird, sei an einem Beispiel illustriert: Ein Arbeiter, der eine bestimmte Arbeitsaufgabe, zum Beispiel gewisse Montierungen an einer Maschine bisher innerhalb 1 1/2 Tagen durchgeführt und bei einem Tagelohn von 4 M. hierfür in ganzen 10 M. erhalten hat, wird von seiner Betriebsleitung gezwungen, die Arbeit gegen einen fogen „Mordlohn“ zu übernehmen. Die Betriebsleitung, die natürlich auf eine Verbilligung der Arbeit abzielt und damit auch rechnet, setzt nun den Mordlohn auf von vorherhin mit 8 M. fest, was also einem zweifachen Lohn entspricht. Der Arbeiter bemüht sich natürlich, die Arbeit in weniger als zwei Tagen fertigzubringen. Die Montierungen sind auch nicht immer gleich und wenn der Arbeiter Glück hat, so kann er sie, wenn auch unter starker Anstrengung, schon in einem Tag durchführen, so daß infolge dieser Umstände, was allem aber infolge der Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters sein Tagesverdienst auf 8 M. gestiegen ist. Der Arbeiter freut sich, daß er es soweit gebracht hat und denkt, daß seine Erfahrungen und die in langer Übung gewonnene Fähigkeit ihm zugute kommen werden. Allein die Betriebsleitung hat nur auf den Moment gewartet, wo sie konstatieren kann, wie viel der Arbeiter im günstigsten Falle zu leisten vermog, und sie macht jetzt einen Schritt durch die Rechnung und die Hoffnung des Arbeiters, indem sie den Mordlohn für die Montierung der Maschine auf 5 M. reduziert.

Dabei handelt es sich um mannsfähige und zum Teil komplizierte Arbeitsverrichtungen, so daß man eigentlich von einer Pauschalierung, um nicht zu sagen: Bagatelisierung, derselben sprechen kann. Deutlicher und jedenfalls regelmäßiger kam dieses cutting rates (Morddreifachen) beim Stücklohn im engeren Sinne vor, das heißt bei der Entlohnung von kleinen und kleinen Teilarbeiten, bei der Herstellung einfacher und einfacher Gegenstände. Immer wieder sahen sich die Arbeiter um die Frucht ihrer Anstrengungen betrogen; der Unternehmer hatte den Erfolg ihres Elends paralytisch und illusorisch gemacht, denn wenn auch absolut der Verdienst um etwas gesteigert sein mochte, so war dies doch unerkennbar nur durch äußerste Anstrengung ermöglicht, das Einkommen selbst aber verhältnismäßig gesenkt worden. Es liegen aus England und den Vereinigten Staaten genügende Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß dieses cutting rates wie nichts anderes den Kampf gegen das System der piece rates of wages (Stücklohnssystem) angefocht hat. Die wichtigste äußere Ausdrucksform hat dieser Kampf in dem großen Maschinenbauerausstaus in England in den Jahren 1897 und 1898 gefunden. Die Unternehmer erkannten daher lange schon, daß, wenn es zu einer erteilbaren Befähigung des Arbeiterverhältnisses mit dem Lohnsystem kommen sollte, ein Ausweg gefunden werden müsse, der dem Bedürfnis der Unternehmer nach einer Steigerung der Arbeit ihrer Angestellten und damit der fortschreitenden Verbilligung der Produktion einerseits Rechnung trägt, der aber andererseits auch den Forderungen der Arbeiter entgegenkommt, die auf Einführung des Zeitlohnsystems gerichtet sind. Diesen Ausweg glaubte man in einem Zeitlohnprämienystem erkennen zu dürfen, der zuerst in einer Maschinenbauanstalt der Vereinigten Staaten vom Betriebsleiter Galsky zu Anfang der neunziger Jahre in Anwendung gebracht wurde. Einige Zeit hindurch blieb es ganz unbeachtet, Ende der neunziger Jahre aber verbreitete es sich verhältnismäßig rasch und gelangte, teils mit einigen Veränderungen, die aber das Wesen des Systems nicht berühren, nach England und auch nach dem Kontinent.

Das Wesen des Systems besteht kurz in folgendem: Die Grundlage der Lohnbemessung ist die Zeit, und zwar wird ein Stundenlohn vereinbart. Wird nun irgend eine Arbeitsaufgabe an einen oder mehrere Arbeiter ausgegeben, so wird nach Maßgabe der gemachten Erfahrungen bei derselben oder einer ähnlichen Arbeitsaufgabe eine Arbeitszeit als Grundzeit (allowed time oder allowance) festgesetzt, die bei normaler Arbeitsleistung für die Durchführung gebraucht werden kann. Benötigt nun der Arbeiter eine geringere Arbeitszeit als die eingeräumte Grundzeit, hat er also Arbeitszeit und damit auch an Lohn und Arbeitszeit gespart, so wird ihm eine Quote des ersparten Lohnes außer dem von ihm für die tatsächlich gebrauchte Zeit verdienten Stundenlohn zuerkannt. Braucht der Arbeiter mehr als die eingeräumte Grundzeit, so erhält er in der Regel seinen normalen Stundenlohn ungeändert. Das Ausmaß der Quote des ersparten Lohnes, die dem Arbeiter als Prämie gezahlt wird, ist bei verschiedenen Systemen verschieden hoch; die Quote ist zum Teil konstant, zum Teil veränderlich. Das folgende Schema zeigt die Lohnabrechnung und die Kopien der ganzen Arbeit an dem betreffenden Werkstücke mit zunehmender Arbeitsleistung, wenn die Grundzeit für die ausgegebene Arbeitszeit mit 10 Stunden festgelegt, der Stundenlohn mit 80 S. und die Prämienquote pro ersparte Stunde mit einem Drittel (System Galsky) des Stundenlohns vereinbart ist.

Gebrauchte Zeit in Stunden	Grundlohn	Prämie in Mark	Gesamtlohn der Arbeit
10	6,—	—	6,—
9	5,40	0,20	5,60
8	4,80	0,40	5,20
7	4,20	0,60	4,80
6	3,60	0,80	4,40
5	3,—	1,—	4,—
4	2,40	1,20	3,60
3	1,80	1,40	3,20
2	1,20	1,60	2,80
1	0,60	1,80	2,40

Es stellt sich also

bei einer Betzeit von Prozent	die Prämie des Arbeiters an Lohn für die ganze Arbeit auf Mark	der Durchschnittsverdienst des Arbeiters pro Stunde
10	0,40	0,62
20	0,80	0,65
30	1,20	0,68 1/2
40	1,60	0,72
50	2,—	0,75
60	2,40	0,80
70	2,80	0,85
80	3,20	1,00
90	3,60	1,40

Die Erfolge des Systems werden von den meisten Berichtserstatern als für die Unternehmer überaus vorteilhaft bezeichnet. Dies kann zunächst vom Unternehmerstandpunkt aus nicht wundern, wenn man Resultate wie die folgenden ins Auge faßt: Ein Arbeiter, der sich durch dauernde Beschäftigung mit einer bestimmten Art von Arbeiten eine größere Gewandtheit angeeignet hatte, wurde hinsichtlich seiner Entlohnung durch längere Zeit speziell beobachtet und es konnte festgestellt werden, daß er Arbeiten, für die ihm im ganzen eine Grundzeit von 2500 Stunden eingeräumt war, innerhalb 1770 Stunden durchführte, so daß seine Bezahlung zufolge der Prämienübererhöhung von 650 Dollar auf 855,08 Dollar für dieses gleichzeitige Arbeitsquantum zurückging. In den 555,08 Dollar war eine Prämie von 94,93 Dollar inbegriffen. — Für eine ganze Abteilung einer Fabrik liegt gleichfalls ein den Erfolg des Systems illustrierendes Beispiel vor. In der betreffenden Abteilung wurden von 10 579 Pfund Sterling an Lohn 1579 Pfund Sterling Prämie verteilt, was eine Zuschlagsrate von 14,98 Prozent ergibt.

Zurzeit beschäftigen sich Unternehmer- und Technikerverbände der Maschinenbauindustrie auf das eingehendste mit dem Studium des Prämienystems. Wenn sich die Unternehmer auf diesem Wege ein friedliches Zusammenarbeiten wenigstens in einem Industriezweig setzen könnten, dann würden sie die Prämien wohl allgemeiner einführen. Die vorstehenden Zahlen erwecken auch ansehnend aufs erste den Eindruck, als ob man damit über die ganze Schwierigkeit des cutting rates hinweg wäre, denn am Stundenlohnsache wird bei weitem weniger gerüttelt, als an einem Stück- oder Mordlohn.

Aber dies ist wirklich nur der erste Eindruck. Denn wenn man näher zusieht, muß man zugeben, daß der Unternehmer das Ausmaß des Verdienstes des Arbeiters auch bei diesem Prämienystem stets vollkommen beherrscht, da ja die Bestimmung der Grundzeit das wichtigste Element für die Möglichkeit, eine gewisse Prämie zu erzielen, bildet. In der Tat ist auch von den Interessenten diesem Faktor sehr bald die ihm zukommende Bedeutung zuerkannt worden, indem man die Bemessung der Grundzeit geradezu in den Dienst einer besonderen Prämienpolitik gestellt hat. Konkret gesprochen: man hat die Grundzeit so festgesetzt, daß eine ganz bestimmte Prämie erzielt werden konnte. So kam es denn, daß die Arbeiterschaft da und dort sich unter der Voraussetzung und Bedingung auf das Prämienystem eingelassen hat, daß die Unternehmer sich verpflichteten, eine bestimmte Zeit hindurch an der Grundzeit keine Änderungen vorzunehmen, die nicht durch eine einschneidende Änderung des Arbeitsprogramms bedingt sind.

Abgesehen davon hat aber das System noch die weitere Besonderheit, daß die Erhöhung der Produktivität des Arbeiters nicht nur nicht vollständig ihm, sondern zum weitaus größten Teile dem Unternehmer zugute kommt. Das haben die Gewerkschaften zeitweilig durchgesehen.* Ob es dazu kommen wird, darüber läßt sich vorläufig nichts vorhersehen, Tatsache ist, daß die deutsche Maschinenindustrie ihre Arbeiter mit Ausnahme der Ulgelernten hauptsächlich im Mordlohn beschäftigt. Zu diesem treten mancherlei Prämien und es finden sich Variationen des Mordlohns nach englischen und amerikanischen Vorbildern, die zwar von privatrechtlichen Gesichtspunkten der Produktionspolitik einen Fortschritt bedeuten, keineswegs aber in gleicher Weise das Interesse der Arbeiter befriedigen.

Sollen die Arbeiter den Sozialismus abschwören?

(Schluß.)

Einen kleinen Trost für uns, gleichzeitig aber eine bittere Pille für die sozialistischen Bürgerliche Gesellschaft, haben die anerkennenden Worte, die zahlreiche hervorragende und angesehene Männer in ihren eigenen Reihen dem Sozialismus oder der Sozialdemokratie in ihrer ~~Verantwortung~~ ^{Verantwortung} ausgesprochen haben. Die Sozialdemokratie ist eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes und da verdient sie unseren Respekt. So erklärte der Minister v. S o d m a n n am 13. Juni 1910 in einer in der badischen Kammer gehaltenen Rede, wenn er die maßlose Wut der ärgsten Reaktionsäre und Arbeiterfeinde in ganz Deutschland entsetzte, die heute noch nicht wärre ge-

* Siehe die Stellungnahme des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf seiner Generalversammlung zu Leipzig (1905), Protokoll S. 127 u. f.

worden sind in der höchstwilligen Sache gegen ihn, deren Ziel sein Sturz vom Ministerstuhl ist. Und sein Vorgänger, der Minister Schenkell hatte sich ebenfalls in einer parlamentarischen Rede, und zwar in der Landtagssitzung vom 22. Februar 1904, in anerkennenden Worten über die Sozialdemokratie geäußert. Er sagte: „Die Sozialdemokratie ist zu einem großen Teil eine Bewegung, aus gesunden Motiven hervor- gegangene Bewegung; ich möchte daher ihre Vertreter hier im Hause nicht missen.“

Der verstorbene Berliner Professor Mommsen schied im Jahre 1903 über die Sozialdemokratie: „Es ist selber wahr, die Sozialdemokratie ist die einzige große Partei, die Anspruch hat auf politische Achtung. Von dem Lokale ist es nicht nötig zu reden. Jedermann in Deutschland weiß, daß mit einem Kopfe wie Debel ein Duzend sozialistischer Junken so ausgestattet werden könnten, daß sie unter ihresgleichen glänzen würden. Die Stange, die Opferbereitschaft der sozialdemokratischen Massen imponiert auch dem, der ihre Zwecke nicht weniger als teilt. Dem eben so falschen wie perfiden Abhlergläubigen muß ein Ende gemacht werden, daß die Nation sich teilt in Ordnungsparteien und eine Unzufriedenheit, und daß es die erste politische Pflicht der zu jenen sich zählenden Staatsbürger sei, die Millionen Arbeiter als pestverdächtig zu meiden und als staatsgefährlich zu bekämpfen. In der Tat gibt es im politischen Leben weder Ordnungsparteien noch Unzufriedenheiten, oder, wie man es auch ausdrücken kann, jede Partei ist eine Unzufriedenheit.“ Mommsen war bekanntlich in parteipolitischer Beziehung liberal gesinnt. Sein noch lebender früherer Unberücksichtigter Kollege, Professor Dr. Adolf Wagner, gehört dagegen der konservativen Richtung an und es ist daher um so interessanter, daß er in der Beurteilung der Sozialdemokratie mit dem liberalen Mommsen völlig übereinstimmt. In einem im Jahre 1908 im Reich veröffentlichten Artikel über das sozialdemokratische Parteiprogramm sagt er unter anderem: „Man mag über die Sozialdemokratie denken wie man will — anerkennen wird auch der Gegner, daß hier eine großartige Parteileistung vorliegt. 3/4 Millionen Stimmen (1912 waren es 4 1/4 Millionen) sind auf ihre Kandidaten in der letzten Reichstagswahl gefallen. Ueberall ist sie verbreitet, an Sitzungsanzahl hat sie bereits jede andere Partei in Deutschland übertraffen. Moraus erklärt sich nun aber wohl in letzter Linie dieser Erfolg der Sozialdemokratie? Ich möchte es mit einem Worte sagen: aus dem Glauben an die Nichtigkeit ihrer Ziele, aus der Ueberzeugung, daß diese Ziele zur Verwirklichung gelangen werden.“ Und sodann kommt Professor Wagner im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen dazu, der wissenschaftlichen Leistungen unseres Carl Marx alle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Er schreibt: „Man wird auch gegnerischerseits zugestehen müssen, in Carl Marx haben wir auch vom Standpunkte der Wissenschaft aus einen Mann ersten Ranges anzuerkennen, von dem alle, auch seine Gegner, lernen können und lernen müssen.“ Diese dringende Mahnung an seine eigenen Klassengenossen hat freilich nicht viel Erfolg gehabt, denn diese schimpfen um so leichter und wüßiger auf Marx und die ganze Sozialdemokratie, je weniger sie von ihnen verstehen. Diese böswilligen und unbedenklichen Gegner könnten sich auch die Worte des katholischen Pfarrers Schöff in ihr Stammbuch schreiben, die dieser in seinem Buche „Die Bedeutung der Marxschen Kapital-Kritik“ niederschrieb und lautet: „Wir stehen nicht an, laut und nachdrücklich zu erklären, daß wir Marx nicht bloß für den größten und bedeutendsten Nationalökonom der Gegenwart, sondern auch für den weitestgehendsten und genialsten aller Zeiten halten. Das Marxsche Lebenswerk, das Kapital, ist die zweifelloste wertvollste wissenschaftliche Leistung, welche auf dem Gebiete der politischen Ökonomie jemals erschienen ist; sie steht turmhoch über den Leistungen seiner größten Vorgänger.“ Angesichts solcher glänzender Zeugnisse für Marx dürfen wir ruhig sein und denken und unbergängliches wissenschaftliches Verdienst von Kapitalisten, die in der leidenschaftlichen Verleumdung ihrer persönlichen Geld- und Besitzinteressen keine Selbstbeherrschung kennen, schwinden lassen, denn es bleibt davon nichts zurück.

Wir können noch weiter eine große Zahl ähnlicher günstiger Urteile von Gegnern über die Sozialdemokratie zitieren, verzichten aber darauf, weil das zu weit führen würde.

Dagegen wollen wir uns mit der besten Verantwortung der beiden Artikeln vorgelegten Frage beschäftigen: „Sollen wir den Sozialismus abschwören?“ Wir antworten mit einem entschiedenen Nein, weil nur der Sozialismus, die organisierte sozialistische Gesellschaft, die sozialistische Produktions- und Konsumtionsweise den Arbeiter freimacht, ihn aus dem Lohnsklaven zum gleichberechtigten Mitglied der Gesellschaft, zum freien Bürger und Menschen, zum Gleichen unter Gleichen macht. Im Gegensatz dazu bleibt der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft immer der Unfreie und es wird an dieser seiner unfreiwilligen Stellung auch selbst durch Selbstständigkeit, durch Minutalohn, Lohndrückerei, freies Koalitions- und Wahlrecht nichts geändert. Nichts geändert wird durch diese Fortschritte an der Unfreiheit der Existenz des Arbeiters in der kapitalistischen Gesellschaft und die Arbeitslosigkeit wird auch durch Arbeitslosenunterstützung nicht schöner oder erträglicher. Die Sicherheit der Existenz kann nur die sozialistische Gesellschaft allen ihren Mitgliedern garantieren, da sie erblich den natürlichen und vernünftigen Zweck jeder Produktion, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, in seinem vollen Umfange erfüllt, während die kapitalistische Gesellschaft nur produziert zum Zweck der Profitmaximierung.

Wenn wir aber trotz alledem den Sozialismus abschwören wollten, wie sollte das geschehen? Soll jeder sozialdemokratisch, also auch sozialistisch gesinnte Arbeiter der Gemeindebehörde eine schriftliche Erklärung über seine Abwendung vom Sozialismus und der Sozialdemokratie abgeben? Oder sollen es die freien Gewerkschaften

als Ganzes tun und sich gleichzeitig in gelbe Vereinigungen mit Harmonieduselei umwandeln? Sollen sich die Konsumvereine auflösen oder sollen sie die Geschäfte der Krümer besorgen? Sollen einzelne hervorragende Parteigenossen oder ganze Parteiorganisationen, Parteitage, die Parteipresse zc. es tun? Sollen Kautsky, Dr. Adler, Grewich, Jaurès zc. den Sozialismus abschwindern und die Partei mit allen Einrichtungen verlesen, das gleiche zu tun? Alle diese Fragen an die Gegner sind berechtigt, denn abgesehen von ihren reichlichsten und tiefstbildenden Geistern betrachten sie ja die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nur als das künstliche Produkt der gewissenlosen Verhehlung der Arbeiterklasse durch unverantwortliche Agitatoren, ohne die die Arbeiter überall die zufriedenen, braven, ruhigen und den „Herren“ dankbaren „Mitbürger“ sein würden. Also weg mit den Agitatoren und mit allen von ihnen geschaffenen Einrichtungen, in denen die Sozialdemokratie anscheinlich in die Erscheinung tritt und die ganze gebagte Bewegung ins Verschwinden Nicht wahr?

Nun, interessanterweise ist das Experiment in der Tat schon gemacht worden, nicht von den Arbeitern oder ihren bösen Agitatoren aus freiem Entschluß, sondern von Bismarck durch den schändlichen Mißbrauch der Staatsgewalt mit dem berühmtesten Sozialisten geseh. Die ganze Sozialdemokratie, soweit sie fahbar war, wurde vernichtet und die Vernichtung zwölfs lange Jahre Tag für Tag fortgesetzt. Von diesem schändlichen, gewalttätigen Vernichtungskampfe wurden bekanntlich nicht nur die paar Duzend Parteiführer, sondern auch Hunderte und Tausende einfacher Arbeiter mit samt ihren Familien betroffen, unfähliches Unglück und Elend über sie gebracht. Mit aller brutalen Gewalt sollte aus ihren Köpfen und Herzen der Sozialismus ausgetrieben, sollte die Elite der deutschen Arbeiterklasse, die in ihrer Erkenntnis bis zum Sozialismus vorgebrungen war, zu zufriedenen Lohnsklaven, zu gefügigen Untertanen und Hurrapatrioten gepreßt werden. Der „Erfolg“ dieser verrückten Gewaltpolitik ist bekannt. Die sozialdemokratische Bewegung wuchs trotz allem Druck und Zwang, sie wuchs derart, daß sie schließlich das schändliche Ausnahmegesetz sprengte. Die Reichstagswahlstatistik gestaltet den zahlenmäßigen Nachweis des Entwidlungsganges der Dinge. Vor dem Sozialistengesetz zählte die deutsche Sozialdemokratie 500 000 Wähler, am Ende der zwölfjährigen Wirksamkeit des Sozialistengesetzes 1 1/2 Millionen, so daß sich ihre Zahl verdreifacht hatte.

So ist es gerade die Geschichte des deutschen Sozialistengesetzes, die die oberflächliche Annahme, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nur das Ergebnis der persönlichen Verhehlung der Arbeiter durch „unverantwortliche Agitatoren“ sei, in würdevollster Weise widerlegt und andererseits in unumstößlicher Weise darthut, daß der Befreiungskampf der Arbeiter unter dem roten Banner der Sozialdemokratie ein naturnotwendiges Ergebnis der historischen Entwidlung ist und daher nicht ausgerottet werden kann. Er wird erst dann sein natürliches Ende finden, wenn sein Ziel erreicht und damit sein Nährboden, der Kapitalismus mit seinen Klassengegensätzen, überwunden ist.

Es ist klar, daß auch dann, wenn eine entgleiste und verräterische Führerschaft durch einen förmlichen Parteitagsschluß die Auflösung der sozialdemokratischen Partei herbeiführen würde — was aber als absolut undenkbar und unmöglich ausgeschlossen ist —, der sozialistische Befreiungskampf nicht ausgerottet wäre. Die verräterische Bewegung würde unabhingig aus den Reihen der Arbeiterklasse heraus wieder entstehen und gedeihen. Hat nicht der sozialistische Gedanke bereits theoretisch die ganze Kulturwelt erobert? Ist er nicht in allen fünf Erdteilen lebendig? Tragt er nicht in den größten asiatischen Staaten, in China, Japan und Japan um Anerkennung, Durchsetzung und Sieg? In Australien, in Afrika und in allen amerikanischen Staaten ebenso wie in Europa? Er tragt den künftigen Verfolgungen und er behauptet sich bis zu seinem endlichen Siege.

Mit mehr Recht, als der großwuchstüchtige Kaiser Karl V. kann der Sozialismus sagen: „In meinem Reiche geht die Sonne nicht unter.“

Sollen wir die Frage: „Sollen wir den Sozialismus abschwindern?“ noch besonders beantworten? Die Antwort kann nur lauten: Gewiß kein Wort, das die Arbeiter tun, aber die Arbeiterklasse kann es nicht, denn sie würde damit ihr eigenes Dasein negieren, was so unmöglich ist, wie die Regierung des Weltalls. Und darum finden wir auch gar nicht, daß es schwer ist, Sozialdemokrat zu sein. Wir sind es im Gegenteil mit Stolz. Stehen wir doch als solche auf der Höhe der Gegenwart, erfüllt von dem erhabenen Bewußtsein, die Träger der Zukunft zu sein, der wir als Pioniere, als die bewußten Weggenossen einer weltgeschichtlichen Mission, entgegenarbeiten.

Dreue gegen Freund und Feind, wenn es auf die Erfüllung freiwillig eingegangener Verpflichtungen ankommt! Zu unsern gegenseitigen Worten muß die Welt mehr Vertrauen haben, als zu den Versprechungen der Könige und Pfaffen.

Was hilft es dich, wenn deine Mutter gradgegangen, du aber hinterst?

Technische Rundschau.

Neue Patente, betreffend Blech, Rohre, Draht und Walzwerk. März bis Mai 1913. (Eigener Bericht für die Metallarbeiter-Zeitung.)

Bei Walzenstrichen, in denen das gleiche Walzpaar mehrmals durch verschiedene Profile desselben Grades laufen soll, wählt man entweder Walzenstrichen mit Umkehrtrieb oder Triebstrichen ohne Umkehrtrieb. In neuerer Zeit werden auch Triebstrichen ohne Schwingenrohre und ohne Umkehrtrieb verwendet, nur bei Beginn der einzelnen Striche oder für eine Gruppe von Strichen zum Zweck des besseren Hoffens oder zur Erzielung einer günstigeren Walzgeschwindigkeit die Drehzahl ändern zu können. Ein Vorteil des umkehrbaren Umkehrtriebes besteht darin, daß Schweißbleche, Stübe und dergleichen vermeiden werden können. Ein Vorteil des Umkehrtriebes ist dagegen der, daß man mit weniger Geschwindigkeit arbeiten kann als bei Walzenstrichen, da eine größere Anzahl von Walzern in einem Gerüst untergebracht werden kann. Bei Triebstrichen wagt man im allgemeinen wegen des in einer Richtung umlaufenden Umkehrtriebes die Striche in einer Reihenfolge, wobei das Walzpaar nach jedem Strich gehoben oder gesenkt werden muß. Bei einem „Walzverfahren“ mittels „Eriowalzen“ (258 423, Siemens-Schneider-Werk in Berlin), wobei ohne Schwingenrohre gearbeitet wird, wird man das Heben oder Senken nach jedem Strich dadurch vermeiden, daß die Drehrichtung der Walzen nach jedem Strich umgekehrt wird. Das Walzpaar braucht hier also nur halb so oft seine Höhenlage zu ändern. Die Vorrichtungen, durch die die Drehrichtung des Walzpaars umgekehrt wird, erfordern keine nennenswerten Vorrichtungen, wenn kein Schwingenrohre vorhanden ist, und besonders in den Fällen, wo die Triebstriche durch eine Erfindung in einem Walzstrich angeordnet sind. Gemäß der Erfindung kann man jedoch eine verwendbare Vorrichtung als Vorrichtung mit einer Drehachse als Fortführung. So ergibt sich der Vorteil, daß man, während die Fortführung eines Strichs in einer Richtung ausgeführt, auf der Vorrichtung zwei Striche in entgegengesetzter Richtung ausführen kann, von denen der erste Strich der erste Strich der unteren und der mittlere, der zweite Strich der mittleren und der obere Strich ist.

Ein Verfahren zum Aufziehen von mit einem oder mehreren Blechstreifen umgebenen Rohren wird durch die Erfindung des „Walzverfahrens“ (258 423, Siemens-Schneider-Werk in Berlin) erreicht. Die Erfindung besteht darin, daß man, während die Fortführung eines Strichs in einer Richtung ausgeführt, auf der Vorrichtung zwei Striche in entgegengesetzter Richtung ausführen kann, von denen der erste Strich der erste Strich der unteren und der mittlere, der zweite Strich der mittleren und der obere Strich ist.

Wochenlöhner mit Kündigung.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß von den Unternehmern versucht wird, aus den Reihen der Arbeiterschaft einzelne herauszugreifen, denen man Wochenlohn, verbunden mit einer Kündigungsfrist anbietet. In den meisten Fällen geschieht dies bei solchen, die als Werkzeuge und Einrichter zc. eine Vertrauensstellung bekleiden. Die Gründe, die den Unternehmern dazu veranlassen, sind einseitigen Kollegen zur Gemüte bekannt. Es wird diesen Arbeitern meist ein Posten als Vorarbeiter oder Meister in Aussicht gestellt und dann auf ihn eingewirkt, nun auch mehr als zuvor die Interessen des Unternehmers zu wahren. Nur allzu oft unterlegt dann auch so ein Arbeiter den Lockungen des Unternehmers oder seines Beauftragten und hegt den Wahn, sich jetzt auf Lebenszeit eine gute Stellung gesichert zu haben. Aber dieser Wahn wird bald zerflört, weil oft der Unternehmer Handlungen von ihm verlangt, die eines ehrlichen, organisierten Arbeiters unwürdig sind. Daher ist es auch verständlich, wenn so ein im Kündigungsverhältnis stehender Wochenlöhner von seinen Kollegen als Gegner angesehen wird und das Vertrauen schwindet, das ihm bis dahin von seinen Mitarbeitern entgegengebracht wurde. Denn durch dieses Vorgehen versucht der Unternehmer, in den einzelnen Abteilungen Arbeiter zu gewinnen, die er bei Lohnkämpfen gegen die anderen auspielen kann. Das Unternehmertum trachtet eben danach, sich in den wichtigsten Abteilungen seiner Werke eine Schutztruppe zu sichern, um sie bei einem Kampfe der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Anfeinden der Arbeitswilligen zu benutzen. Dann erst sieht meist auch der Kollege „Vorarbeiter“ ein, wenn er nicht jedes Ehrgefühls bar ist, wie töricht es war, sich vom Unternehmer fangen zu lassen, wie leichtfertig er seine Ehre als Arbeiter aufs Spiel setzte.

Aber prüfen wir einmal, ob denn wirklich der „Wochenlöhner“ einen nennenswerten Vorteil vor den übrigen Arbeitern voraus hat, oder ob er sich nicht in diesen Fällen schlechter stellt als vordem. Gewiß hat er in einzelnen Fällen 1 bis 2 M. mehr die Woche als die anderen. Aber ist es nicht eine fehlende Tatsache, daß dieser Vorarbeiter so manche Stunde im Interesse des Arbeitgebers arbeiten muß, wo er keinen Pfennig erhält? Gehört es nicht zu den Verpflichtungen, in den Betrieben nach Feierabend einen Rundgang durch den Arbeitsort mit dem Chef, dem Obermeister oder sonstigen Arbeitern zu machen, um in der Abwesenheit des Arbeiters alle Arbeiten zu beaufsichtigen? Wird da nicht so manches abfällige, der Wahrheit widersprechende Urteil in Gegenwart unseres früheren Kollegen, jetzigen „Vorarbeiters“ gefällt? Wie viele Kollegen waren nicht schon verärgert, wenn sie zu ihrem Ernteaum an einem Morgen sehen mußten, daß ihre sorgfältig geordnete Arbeit bunt durcheinander liegt und sie gleich ein paar Minuten nach Beginn der Arbeit mit der Frage überhäuft wurden: „Wann werden Sie fertig, wie lange dauert die Arbeit noch?“ Wie mancher „Wochenlöhner“ oder „Vorarbeiter“ hat sich nicht, wenn er glaubte, mit dem Chef oder Meister allein zu sein, zu Versicherungen hinreißen lassen, die er später bitter bereut hat! Besonders wenn er eines guten Tages sah, daß an seiner Stelle eine billigere Arbeitskraft eingestellt wurde und auch er die Tür von draußen zumachen mußte. Das ist etwas, was man täglich erlebt. Es ist eben nur Mittel zum Zweck, wenn der Unternehmer Arbeitern Wochenlohn und Kündigung anbietet. Er will sich damit eine Schutztruppe sichern, die gegebenenfalls gegen ihre eigenen Klassenangehörigen als Verräter auftreten soll.

Auf der andern Seite aber sehen wir, daß der Unternehmer rüchichtslos diese Kautschuker hinauswirft, wenn er billigeren Ersatz für sie findet. Jetzt aber, wo solche Wochenlöhner in die Reihen der Kollegen eintreten müssen und sich erneut organisieren wollen, ist das Vertrauen geschwunden, das man ihnen früher entgegenbrachte, wo sie noch Schulter an Schulter mit uns kämpften, aber gar an führender Stelle standen. Jetzt rüch es sich, daß sie dem Rat ihrer Kollegen nicht folgen. Und es wird lange dauern, bis sie als organisierte Arbeiter wieder das Vertrauen gewinnen, das die Kollegen ihnen früher schenkten. Das sind die Folgen einer solchen vorläufigen Handlungsweise. Allzu häufig hat man die Gelegenheit, von diesem oder jenem zu hören: „Ach, wäre ich doch nicht so dumme gewesen und hätte mich dreischlagen lassen. Ich wäre jetzt ein altes Mitglied in der Organisation und hätte es nicht nötig, mich von meinen Kollegen über die Schulter ansehen zu lassen.“ Wenn dem nun so ist — und das ist es ja —, darüber besteht bei einseitigen Kollegen kein Zweifel —, dann ist es unsere heiligste Pflicht, alles zu tun, um unsere Kollegen die Augen zu öffnen und sie über die Bestrebungen der Unternehmern aufzuklären, damit sie es weit von sich weisen, Wochenlohn mit Kündigung anzunehmen. Denn die Ehre des organisierten Arbeiters steht doch über der Profitgier des Unternehmers. Deshalb, Kollegen, heißt nicht auf diesen Köder an!

E. W., Berlin.

Neufestsetzung der Ortslöhne.

Die Neuordnung des Krankentassenwesens erfordert eine Reihe organisatorischer Änderungen, zu denen auch die Neufestsetzung des Ortslohns (bisher ortszuständlicher Tageslohn genannt) gehört. Nach dem alten Recht konnte die Revision nur alle zehn Jahre erfolgen. Die Reichsversicherungsordnung hat diese Frist auf vier Jahre herabgesetzt und zugleich bestimmt, daß die erstmalige Festsetzung zum 1. Januar 1914 vorzunehmen ist, daß sie aber nur bis zum 31. Dezember 1914 gilt und alsdann wieder, und zwar auf vier Jahre zu erfolgen hat. Es sind bisher auch da und dort Zwischenfestsetzungen erfolgt — zum Beispiel 1908 in Württemberg mit Wirkung vom 1. Januar 1909 —, aber im allgemeinen war eine Änderung schwer zu erreichen, so daß die Verkürzung der Frist von zehn auf vier Jahre zweckmäßig zu nennen ist.

Die Bedeutung des Ortslohns ist gegen früher noch erweitert worden. In der Krankenversicherung ist bei den Landkrankentassen allgemein der Ortslohn, nur für Betriebsbeamte und Sacharbeiter ist der tatsächliche Verdienst als Grundlohn anzunehmen. In Bezirken ohne Landkrankentassen kann die Sachung der allgemeinen Ortskrankentasse für die Versicherten, die eigentlich einer Landkrankentasse anzugehören hätten, den Ortslohn als Grundlohn ansehen. In der landwirtschaftlichen Krankenversicherung kann die Sachung mit Zustimmung des Oberversicherungsamts für Beschäftigte, die dauernd nur zum Teil arbeitsfähig sind, den Grundlohn niedriger noch als den Ortslohn festsetzen. Für die unfähigen Beschäftigten bildet der Ortslohn den Maßstab für die Bemessung der Beiträge und Leistungen allgemein, doch kann für einzelne Gruppen eine Zuschlag erfolgen. Auch für die Hausgewerbetreibenden werden Beiträge und Leistungen nach dem Ortslohn bemessen.

In der Unfallversicherung erlangt der Ortslohn auch für gewerbliche Arbeiter Bedeutung, da nach § 567, wenn die Zahl der betriebsüblichen Tage so gering ist, daß die Beschäftigten regelmäßig noch andere Arbeit verrichten, für die an dreihundert fehlende Zahl von Arbeitstagen der Ortslohn für Erwachsene über 21 Jahre hinzugezählt wird. Erreicht der Jahresarbeitsverdienst eines Unfallverletzten nicht den Ortslohn für Erwachsene über 21 Jahre, dann ist das dreifachfache des Ortslohns als Jahresarbeitsverdienst zu rechnen. Doch wird von dem Ortslohn bei schon vorher teilweise erwerbsunfähigen Personen nur der Teil zugrunde gelegt, der dem Maße der Erwerbsfähigkeit vor dem Unfall entspricht. Ist ein Verletzter nicht gegen Krankheit versichert, dann hat ihm der Unternehmer nach § 577 für die ersten 13 Wochen Krankenhilfe, das heißt ärztliche Behandlung, Medikamente und Verbandstoffe sowie Krankengeld zu gewähren; die Leistungen werden nach dem Ortslohn bemessen. Bei der Beitragszahlung werden den Unternehmern die gezahlten Löhne, mindestens aber die Ortslöhne angerechnet. — Die gleichen Bestimmungen wie vorstehend erwähnt, gelten für die Seemannsversicherung und für die Sacharbeiter zc. in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

In der Invalidenversicherung wird nach dem Ortslohn gemäß § 1246 der Jahresarbeitsverdienst für die Versicherten bestimmt, die keiner Krankentasse angehören; es gilt das Dreifachfache des Ortslohns als Maßstab für die Zuteilung zu einer der fünf Lohnklassen. Auch für die Ermittlung der Invalidität gilt das gleiche insofern, daß diese Personen nur dann als invalide gelten, wenn sie nicht mehr imstande sind, ein Drittel dieses Ortslohns zu verdienen.

Bei Militärübungen wird an die Familien der einberufenen Mannschaften von der Gemeinde eine vom Reich zu ersetzende Unterfüllung gewährt, die auch nach dem Ortslohn bemessen wird, und zwar erhält die Ehefrau 30 Prozent des Ortslohns für erwachsene männliche Arbeiter über 21 Jahre am Aufenthaltsort des Einberufenen; jede weitere unterstützungsberechtigte Person erhält 10 Prozent, jedoch darf der Gesamtbetrag 60 Prozent des Ortslohns nicht übersteigen.

Die neuen Sätze des Ortslohns sind nunmehr, wenn sie zum 1. Januar 1914 in Kraft treten sollen, da sie zwei Monate zuvor öffentlich bekannt gemacht sein müssen, spätestens im Oktober festzusetzen. Der Ortslohn ist der ortszuständige Tageslohn der Tagelöhner, der vom Oberversicherungsamt festzusetzen und bekanntzumachen ist. Vor der Festsetzung werden die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten befragt, auch haben sich die Versicherungsämter nach Anhören der Gemeindebehörden und der Vorstände der beteiligten Krankentassen gutachtlich zu äußern. Der Ortslohn wird für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und über 21 Jahre besonders festgesetzt. Die Versicherten unter 16 Jahren können dabei in junge Leute von 14 Jahren an und Kinder unter 14 Jahren geschieden werden; Befristete zählen zu den jungen Leuten. Im übrigen wird der Ortslohn einheitlich nach dem Durchschnitt für den ganzen Bezirk jedes Versicherungsamts festgesetzt. Ausnahmen sind zulässig,

Verfahren Grundbedingung für eine gute Wärmeübertragung ist, so ist es naturgemäß, daß man versucht hat, dieselbe möglichst gründlich zu erfüllen. Die Folge davon war eine große Anzahl von Verfahren zur Herstellung schweißgeeigneter Rippenrohre, die aber größtenteils unzulänglich, zeitraubend und unwirtschaftlich waren. Es ist zum Beispiel bekannt, die Rippen dadurch auf die Rohre aufzuwickeln, daß schalenförmig gewölbte Scheiben zuerst auf das Rohr gebracht und durch Überpressen auf ihm befestigt wurden. Bei einem anderen Verfahren wird die Anpressung der Rippen dadurch hervorgerufen, daß durch Anpressen oder durch Vertiefen der einzelnen Stellen der vorher gewellten Rippen eine Verengung des inneren Lohes bewirkt wird. Bei dem zuerst angeführten Verfahren bedeutet die Durchimpfung und Erwärmung der Rippen eine unnötige Erschwerung in der Herstellung. Das zweite Verfahren erfordert dagegen Rippen, die außer der Erwärmung eine möglichst tiefe Beladung erfordern müssen, wodurch ihre Festigkeit unnötig vermindert wird. Diese Mängel sollen nun beim Gebrauch der Erfindung dadurch beseitigt werden, daß die in bekannter Weise mit einem Leinenband versehenen Rippen dadurch in kaltem Zustande auf das Rohr aufgewickelt werden, daß der Bördel eingewirkt wird. Die äußere Form der Rippen ist beliebig; sie kann rund, quadratisch oder viereckig sein. Jede Begrenzung der Wärmeübertragungsfähigkeit ohne Verabänderung der äußeren Form oder der Flächenbeanspruchung können die Rippen auch zum Loch konzentrische Stellen erhalten.

Für die Herstellung von Blechgittern — sogenannten Streckmetallen — werden in ein ebenes oder gewölbtes Blech mittels eines seitlich hin und her beweglichen Messers mit zahnförmigen Schneidenden Schlitze geschnitten, und dann werden die dadurch an dem Blech gebogenen, oder mit ihm zusammenhängenden Strecken abwärts abgezogen. Das Schneiden der Schlitze erfolgt in aufeinanderfolgenden Reihen mit derart liegenden Schlitzen, daß, daß diagonal über das Blech laufende Rippen entstehen. Bei bekannten Verfahren dieser Art wird die Verfertigung des beweglichen Messers zur Erzeugung der gegenüber derart liegenden Schlitze durch Kniegelenke nach dem Blech hin und her bewegt, und die durch das bewegliche Messer bei jedem Abziehen abgewinkelten an dem Blech oder dem anderen Schenkel der Kniegelenke zur Wirkung kommen und an diesem einen Winkel nach einer Richtung findet. Es ist bekannt, daß bei einer derartigen Messerbewegung keine Führung keine vollständig planparallele ist. Eine Maschine zur

Herstellung von Blechgittern durch Schlitzen und Dehnung ebener oder gewölbter Blechtafeln mittels eines feststehenden und eines beweglichen Messers“ (258 470, Naamloze Vennootschap de Netherlandische Staatindustrie in Rotterdam) will dem abhelfen. Hier wird nämlich eine vollkommen zwangsläufige Führung des seitlich verschiebbaren Messers in seinen beiden Endlagen dadurch erreicht, daß es mit Führungsblöcken verbunden ist, die unter der Einwirkung von umlaufenden Daumen stehen. Durch diese wird das bewegliche Messer abwechselnd in seinen beiden seitlichen Endlagen so geführt, daß es bei der Abwärtsbewegung zur Ausfranzung der Schlitze sich nur in senkrechter Richtung verschieben kann. Die Führungsblöcke können gegenüber dem Messerträger einstellbar angeordnet sein, so daß der seitliche Hub des Messers regelbar ist.

Eine andere Erfindung hat ein „Verfahren zum gleichzeitigen Einwinden von Körpern in Drahtabern“ (258 845, Max Schubert in Potsdam) zum Gegenstand. Wird zwecks Einwindens eine Anzahl von Körpern zu gleicher Zeit zwischen zwei oder mehr Drahtabern in bestimmten Abständen gebracht, und werden diese Körper dann in der Reihenfolge wechselseitig rechts und links gedreht, so entsteht in jedem Zwischenraum zwischen den Körpern ein schrägverlaufender Draht. Dieses Verfahren hat jedoch den Nachteil, daß sich die Länge der Ligen zwischen den sich durch die Drehungen einwindenden Körpern um so viel vergrößert, wie die Drähte für den schrägverlaufenden Draht an Länge des Drahtmaterials gebrauchten. Bei diesem Verfahren leidet natürlich auch die Gleichmäßigkeit der Abstände. Bekanntes Verfahren gegenüber werden darum bei der hier interessanteren Neuerung die Drahtabern, aus denen die Lige gebildet wird, nicht in geradliniger Form veranordnet, sondern sie werden vorher mit Krümmungen oder Kröpfungen versehen. Die einzuwindenden Körper werden da auf zwischen die Drähte in der Entfernung von einander gelegt, die sie in der fertig gedrehten Lige einnehmen sollen. Bei der dann erfolgenden Drehung der Körper verliert der entstehende Draht die Abstände der Körper von einander nicht mehr. Vielmehr strecken sich die Krümmungen der Drahtabern, und zwar um so viel, wie der schrägverlaufende Draht an Längematerial des Drahtes braucht. Die Krümmungen der Drahtabern sind leicht dem Längematerial angepaßt werden, das der Draht beansprucht.

Patent wurde ferner ein „Verfahren zur Herstellung eines zweifachen Noppens“ (258 245, H. Fretsch in Chicago). Diefach werden Nadeln gebraucht, die vor dem eigentlichen Kopf noch einen zweiten haben, der von einem ab-

wenn die Lohnhöhe in einzelnen Ortschaften oder zwischen Stadt und Land erheblich abweicht. Die in den Zwischenzeiten von vier Jahren vorgenommenen Änderungen haben nur bis zur allgemeinen Festsetzung Geltung. Der Beginn eines jeden Jahres ist der Reichskalender eine Liste aller geltenden Festsetzungen sowie mindestens alljährlich eine Liste der inzwischen vorgenommenen Änderungen zu veröffentlichen.

Die Verfassungen haben nach dem vorstehenden alle Veranlassung, auf die möglichst richtige, das heißt dem Verdienst möglichst nahe gebrachte Festsetzung des Ortslohns hinzuwirken. Es kann das dadurch geschehen, daß die Gemeindebehörden und die Vorstände der Krankenkassen rechtzeitig mit Material versorgt werden, das zur Beurteilung der Lohnverhältnisse ausreicht. Es ist damit zu rechnen, daß überall in allen der vorgesehene vier Klassen, also auch für Kinder unter 14 Jahren besondere Festsetzung erfolgt, und dazu muß bei Zeiten die Lohnhöhe festzustellen versucht werden. Bis jetzt sind selbst in industriellen Gegenden zum Teil noch Sätze von 4 M. und weniger für erwachsene männliche Arbeiter in Geltung gewesen, Sätze, die den tatsächlichen Lohnverhältnissen längst nicht mehr entsprechen. Dort muß zunächst der Hebel angegriffen werden. Aber überall ist eine zeitgemäße, mit den wirklichen Verhältnissen und den Lebensverhältnissen im Einklang stehende Besserung anzustreben. Wird dieser selbstverständlichen Aufgabe in den nächsten Wochen nicht entsprochen, dann ist bei der Arbeiterkammer zugegriffen zu werden, wenn überhaupt, erst nach langer Zeit wieder zurückzukommen. Darum an die Arbeit.

R. F.

Das Genossenschaftswesen.

In unserm letzten Artikel wurde eine eingehende Uebersicht über die geschäftlichen Ergebnisse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großverkaufsgesellschaft im Jahre 1912 gegeben. Diesmal einiges über die in der Mitte des Juni abgehaltenen genossenschaftlichen Tagungen in Dresden. Es war der zehnte Genossenschaftstag des Zentralverbandes, also eine Jubiläumstagung, und zwar fast am selben Platz, wo vor 10 Jahren die Organisation gegründet wurde. Die Konsumgenossenschaften haben mit Recht eine gute Erinnerung an Dresden; denn in diesen 10 Jahren ist, alles in allem genommen, ein glänzender Aufstieg des deutschen Konsumvereinswesens vor sich gegangen, wie er kaum zu überbieten ist. Wenn man nur das Organisatorische erobert: von 483 000 genossenschaftlich organisierten Familien im Zentralverband die anderthalb Millionen in 10 Jahren zu überschreiten — das ist eine Wegmarkierung, deren Bedeutung nicht näher erläutert zu werden braucht. Uebrigens haben ja auch nur die Gewerkschaften aufzuweisen.

Die Verhandlungen des Genossenschaftstages haben außer dem Geschäftsbericht, der bereits gedruckt wurde, ein Referat über die Volkswirtschaft und ein über den Betrieb konsumgenossenschaftlicher Geschlechter und Volkereien. Beide Referate waren großzügig angelegt und sind für den Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler einer guten Ausbeute fähig. Sollte doch das Referat v. Elms über die Volkswirtschaft die ganze Ausbeutungsmisere des kapitalistischen Wirtschaftswesens überhaupt auf. Gewerkschaft und Genossenschaften können das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, an die Lösung eines Problems herangegangen zu sein, das von ungeschätzter Tragweite in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ist. Hier handelt es sich nicht nur um die Sicherung der Spargrößen der minderbemittelten Bevölkerung vor den kapitalistischen Versicherungsinstituten, sondern auch um die Vermeidung von Milliarden Versicherungsgeldern der Zukunft. Die kapitalistische Ausbeutung — dort genossenschaftliche Wirtschaft!

Das andere Referat greift direkt ins volle Wirtschaftsleben des Volkes hinein. Neben Brot sind Milch und Fleisch die unentbehrlichsten Nahrungsprodukte. Haben die genossenschaftlichen Wäckerer-Produkte den Weg gemessen, auf dem die Emanzipation von der Preispolitik der privaten Produktion möglich ist, so muß dies auch für anderes gehen. Das ist indes nicht so leicht, wie der Präsident Angst vom rühmlichst bekannten Konsumverein Basel zeigte. Er war der Berufung dazu, denn der Wasser Verein kann auf jahrzehntelange Erfahrungen in dem Betrieb einer eigenen Wollerei von gewaltiger Dimension (1 Million Mark Anlagekapital) und ebenso einer leistungsfähigen Schlichterei zurückblicken. Die ganze Entwicklung des technischen Prozesses, die finanzielle Bedeutung des kleinsten Sparvorgangs im Betriebe stiegen vor den Augen der Zuhörer auf und ließen die Schwierigkeiten gerade dieser Produktionszweige für das tägliche Leben erkennen und doch auch ihre große Bedeutung für die genossenschaftliche Volkswirtschaft. Die Möglichkeiten des genossenschaftlichen Betriebs sind natürlich auch durch praktische Beispiele in Deutschland erhärtet — man braucht nur an die Hamburger „Produktion“ zu erinnern — aber es handelt sich darum, die praktischen Erfahrungen ohne viel Lehrgeld umfang-

geheften Teil des Schaffens machen wird. Der Zweck der Erfindung ist, solche Nägel möglichst schnell und billig herzustellen. Bei dem genannten Verfahren wird ein abschwefeltes vorgeschobenes Metallband verwendet, und es finden mehrere an verschiedenen Stellen gleichzeitig vorgenommene Arbeitsgänge statt. Nach dem Patentanspruch lautet die neue nun folgendermaßen: Durch das Metallband wird ein einseitiger Nagel mit der Spitze geschoben. Dieser Nagel wird dann oberhalb des Metallbandes — also unterhalb des ersten Kopfes — durch Stanzen in einem Gesenke mit einem verdrängten Schafteil versehen. Darauf wird er mit dieser Verdrängung unten gegen jenes Band gepreßt. Schließlich trennt die Maschine das Stück von dem Bande, so daß ein Nagel entsteht, der mit einem Einschlag- und Ausblechpaß, mit einer Schulter und einer domförmig liegenden Anlagerplatte versehen ist.

Beim Walzen von Radreifen für Räder solcher Fahrzeuge, die auf Schienen laufen sollen, bildet sich auf der inneren Mantelfläche des Walzgußes ein Grat, dessen Beseitigung bislang Schmirgelstein bereitet. In der Regel drehte man den Grat nach dem Walzen auf der Drehbank ab. Dies ist jedoch insofern lästig, als die rohgewalzten Reifen häufig unruhig sind. Sodann aber verursacht auch das Aufspannen auf eine Drehbank und das Zentrieren einen erheblichen Zeitaufwand. Es ist nun bereits bekannt, zum Abbrechen des Grates beim Walzen von Reifen besondere Drehwerkzeuge anzuwenden. Doch diese sind nicht geeignet, einen an der inneren Mantelfläche vorhandenen Grat zu entfernen. Eine schnelle und leichte Beseitigung des Grates auf der inneren Mantelfläche soll aber durch eine Vertiefung zur Beseitigung des Grates an der inneren Mantelfläche von Radreifen beim Walzen (256 961, F. Schmitz in Brügge) bewirkt werden. Diese Vertiefung ist in Verbindung mit dem Walzwerk selbst so angeordnet, daß auch nicht völlig runde Reifen von einem Grate befreit werden, ohne daß der Reifen darüber hinaus von dem Drehwerkzeug angegriffen wird. Die Erfindung besteht darin, daß an der Stelle einer der Führungsrollen des Walzwerkes ein Klotz befestigt ist, der ein Drehwerkzeug trägt. Dabei ist die Verbindung des Drehwerkzeuges mit dem Klotz eine derartige, daß letzteres bei Nichtgebrauch hochgeschoben werden kann und somit den Walzgang nicht behindert. Sobald der Reifen fertig gewalzt ist, klappt man dagegen das Werkzeug in die Arbeitsstellung um und läßt es in dieser Stellung zum man das Werkzeug mittels einer Spindel gegen den Grat vorpressen, bis dieser beseitigt ist.

reicher im Tarifvertragsgebiet der Genossenschaften anzuwenden. Die izezeitigen Geschäftsbedingungen hierfür wurden gegeben.

Aus den übrigen Verhandlungsgegenständen ist noch hervorzuheben, daß die Konsumvereine des Zentralverbandes im Jahre 1914 vor dem Abschluß neuer Tarife mit einem Teil der Gewerkschaften stehen. Dafür wurden jetzt schon Vorberathungen getroffen. Aus dem Referat von Dr. Müller (Hamburg) ging hervor, daß in einer erstmaligen Sitzung des neugebildeten 120köpfigen Generalrats eine Tarifkommission von 27 Genossenschaftsvertretern gewählt wurde, die mit den Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln haben. Aus den je 27 Vertretern wird dann noch je eine Stabkommission „aufgestellt“, die die eigentliche Verhandlungskommission für die abzuschließenden Tarife bildet, deren Annahme oder Ablehnung im ganzen durch den Genossenschaftstag oder die Generalversammlungen der Gewerkschaften zu erfolgen hat. Hoffentlich finden die beiden Kontrahenten den Punkt, auf dem sie sich treffen können, indem von den Genossenschaften eine angemessene Berücksichtigung der besonderen Wirtschaftsverhältnisse zugrunde gelegt wird und von den Gewerkschaften eine ebenförmige Berücksichtigung der Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Genossenschaften gegenüber dem privaten Gewerbe erfolgt. Unterlassungen auf der einen, Ueberbinnungen auf der andern Seite würden nur beiden Seiten schaden und nirgends verstanden werden, nachdem Gewerkschaften und Genossenschaften durch die Volkswirtschaft in eine Art sozialen Kartellverhältnis gekommen sind. Indes soll hier nicht mit weiteren Betrachtungen dem Gang der Dinge vorgegriffen werden.

Auf der Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die ein riesiges Produktionsunternehmen des Zentralverbandes darstellt — sie hatte im Jahre 1912 einen Umsatz von 2 1/2 Millionen Mark und beschäftigt nahezu 500 Personen — wurde in mehrstündiger Debatte auch die Differenz des Geschäftsführers Kaufmann mit dem Buchdruckerpersonal behandelt. Dieses hatte in tarifwidriger Weise die Arbeit niedergelegt, nachdem ein Zwang auf die Gehälter zum Eintritt in die Unterhaltungsstufe des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine auszuüben versucht worden war. Die Angelegenheit wurde schließlich durch das Eingreifen des Verbandsvorstandes der Buchdrucker und der Tarifinstanzen schließlich friedlich erledigt, was eigentlich nicht anders erwartet werden konnte. Neuerdings scheint die Sache ein nicht gerade erbauliches Nachspiel zu bekommen, weil der Geschäftsführer Herr Kaufmann und der technische Betriebsführer Steinbock in einer Hamburger Prinzipalsversammlung anwesend waren und der erstere eine Darstellung des Falles gab, an die sich die Annahme einer gegen die Gehälter gerichteten Resolution schloß. Die beiden Vertreter des Genossenschaftsunternehmens stimmten zwar der Resolution nicht zu, aber bei der Stellung des Unternehmens innerhalb der Arbeiterwelt und als Unternehmen der deutschen Konsumvereine wäre es wohl angebracht gewesen, die Hamburger Druckerunternehmer unter sich zu lassen. Nun werden aus dem Vorkommnis Fäden gesponnen, die weder in Gewerkschafts- noch in Genossenschaftskreisen angenehm empfunden werden können.

Den Schluß der Genossenschaftstagungen bildete die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft, deren Geschäftsergebnisse vom Jahre 1912 ebenfalls im letzten Artikel mitgeteilt worden sind (siehe Nr. 25, Seite 199). Bemerkenswert soll nur noch sein, daß das Betriebskapital wiederum erhöht wurde, und zwar von 2 auf 4 Millionen Mark. Da die Reserven der Gesellschaft durch die Zuweisungen in der letzten Bilanz auf 6 Millionen Mark gebracht wurden, so ergibt sich eine außerordentliche Stärkung der finanziellen Grundlagen. Sie müssen die notwendige Voraussetzung für die stärkere Entwicklung der Eigenproduktion bilden.

Im übrigen boten alle drei Tagungen das Bild einmütigen Willens und großer wirtschaftlicher Erfolge, die mit Befolgung der bisherigen Grundsätze auch in den Folgejahren der Entwicklung mit Sicherheit bezelchnet werden dürfen. Und Krisenzeiten wie die, in die wir wieder einmal hineingeraten sind, werden nur zum weiteren Austrieb der konsumgenossenschaftlichen Volkswirtschaft dienen. Denn die Not ist ein guter Lehrmeister, wenn auch ein harter.

Organisation und Löhne der Rohrleger Amerikas.

Die Berichte der amerikanischen Erbeunters sind für den Gewerkschafter sehr lehrreich, zumal wenn es sich um eine handelt, die sich zur „Arbeitskammer der organisierten Arbeiter“ zählt. Er findet darin Tatsachen und Anregungen aufgeschichtet, die für die Beurteilung der Politik und des Geistes des Erbeunters sehr nützlich sind. Was immer auch der sozialistisch gesinnte Gewerkschaftsmann an den Erbeunters auszusagen haben mag, eins wird er nicht bestreiten können, daß sie mit aller Kraft an der Verbesserung der materiellen Lage ihrer Mitglieder arbeiten. Das trifft auch für die Gewerkschaft der amerikanischen Rohrleger (United Association of Plumbers etc.) zu.

Die letzten Jahre waren für den Rohrlegerverband eine Zeit des seltenen Erfolges. Freilich hat dazu die Einigkeit unter den Berufsangehörigen nicht wenig beigetragen. Bis vor kurzem bestanden in den Vereinigten Staaten zwei Rohrlegergewerkschaften, die Dampfrohrleger mit etwa 6000 und die Wasser- und Gasrohrleger mit 25 000 Mitgliedern. Die erste wurde von der amerikanischen Gewerkschaftszentrale (American Federation of Labor) nicht anerkannt. Wenn die Gelegenheit ergab, so sprachen sie sich die beiden Verbände mit angesehener Regelmäßigkeit um die ihnen „rechtmäßig zukommende Arbeit“. Der habenden Bruder Verlegenheit war der Unternehmer gelegentlich. Die Versuche, die Streitigkeiten zu schlichten, hatten erst in den letzten Jahren so etwas wie Erfolg. Die Nichtanerkennung ihrer Organisation durch die Gewerkschaftszentrale ließ die Dampfrohrleger über die Zusammengebrücktheit der Berufsangehörigen ernstlich nachdenken. Der Zusammenschluß mit der stärkeren Organisation jedoch nahm erst feste Gestalt an, nachdem ihn der Kongreß der American Federation of Labor durch fast einstimmigen Beschluß gebilligt hatte. Im Laufe des letzten Jahres haben sich fast alle Gruppen der Dampfrohrleger der Organisation der Wasserrohrleger angeschlossen, so daß es heute in amerikanischen Rohrlegergewerbe nur noch eine Union, die United Association of Plumbers, Gasfitters, Steamfitters and Helpers, gibt. Damit ist ein häßlicher Bruderkampf endlich beendet. Und wenn die Dampfrohrleger für ihre eigene Organisation bloß die Hälfte von der Kraft aufwenden, die sie bislang gegen sie aufwandten, dann hat die United Association die steilbarste Mannschaft des ganzen Erbeunterwesens.

Mit der Beendigung des Bruderkampfes wurden Kräfte für die Propaganda frei, die erfolgreich für die Mitgliederwerbung arbeiteten. In den letzten drei Jahren hat die United Association (einstimmlich) der 5000 übergetretenen Dampfrohrleger) um 10 756 Mitglieder zugenommen. Sie zählt heute in ihren 617 Gruppen 85 768 Mitglieder. Noch größer als die agitativen Erfolge sind die auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Arbeiterentgelt ist fast im ganzen Gewerbe gestiegen. In den 27 Gruppen haben 502 den freien Sonntagsnachmittag, die meisten anderen arbeiten noch am Sonnabendnachmittag, haben dafür aber den Stundenlohn um 2 Cent an allen Wochentagen. Die Lohndifferenz schwankt zwischen 3 und 8 Dollar (— 12,60 und 33,60 M.). Und zwar: in 50 Gruppen beträgt er 3 bis 3,50 Dollar, in 219: 4 bis 6, in 206: 5 bis 6, in 39: 6, in zwei 7 und in einer 8 Dollar. Für die Gesamtheit der Mitglieder beträgt der durchschnittliche Tagelohn 5 Dollar

(— 21 M.). Wenn dieser Durchschnittslohn in gleicher Weise auf die Mitglieder der United Association verteilt würde, so verdiente jedes Mitglied 307 Tage im Jahre arbeitende Mitglied 1335 Dollar (oder 6447 M.), aber da unsere Mitglieder durchschnittlich nur neun Monate beschäftigt sind, so verdient jedes nur 1150 Dollar. Das ist gegen das Jahr 1905 immerhin eine Erhöhung von 46 1/2 Prozent, denn damals betrug der tägliche Durchschnittslohn nur 3,42 Dollar.

In der Berichtszeit, die die drei letzten Jahre umfaßt, hatte die United Association 202 Streiks und Ausperrungen durchzuführen, wobei 171 Streiks verliefen, 6 wurden durch Vergleich beendet, 6 gingen verloren, die anderen waren zur Zeit des Berichtschlusses noch nicht entschieden. In diesen Bewegungen waren 4412 Mann beteiligt; sie verursachten eine Ausgabe von 146 671 Dollar. In Krankenunterstützung wurden in den drei Jahren 129 897 Dollar für 400 Mitglieder 40 000 Dollar Sterbegeld gezahlt. Die Unterhaltungsorganisation besteht seit dem Jahre 1903. In dieser Zeit hat die Organisation nicht weniger als eine Million Dollar für Streik- und Krankenunterstützung und Sterbegeld ausgegeben, von den diesen Tausenden gar nicht zu reden, die nebenher von den Lokalgruppen aufgebracht wurden. Durch die schnell gewachsenen Ausgaben ist die Zentralkasse bis auf 40 000 Dollar geleert worden. Um sie wieder zu füllen, beantragt die Organisationsleitung unter andern, die Delegiertenversammlung nur alle zwei Jahre und erst dann abzuhalten, nachdem sich die Mitglieder durch Urabstimmung dafür erklärt hat, die Lokalgruppen mit der Hälfte der Pläne der Delegierten zu belassen und einen Sonderbeitrag von 3 Dollar auszusprechen.

Die Verbesserung des Inhaltes des (monatlich erscheinenden) Organs hat der Leitung nicht die erhoffte Zustimmung gebracht. Die letzte Delegiertenversammlung hatte mehr sachliche Artikel gewünscht. Als damit begonnen worden war, kamen von allen Seiten Proteste, was die Redaktion veranlaßte, mit der Veröffentlichung derartiger Artikel einzuhalten. In den Protesten wurde gesagt, die Zeitung könne leicht in die Hände von Berufsfremden kommen, und diese würden durch das Lesen in den Stand gesetzt, genügend Kenntnis zu erwerben, daß sie das Rohrlegerhandwerk selbst ausüben könnten!

Die United Association hat auch Gruppen in Kanada, der englischen Besetzung. Dort wird ihr die Organisationsarbeit durch den Zustrom europäischer Arbeiter zuweilen sehr erschwert. Um dem Uebel zu steuern, schlägt der Vorstand vor, einen britischen Delegierten zu dem Kongreß der britischen Berufscollegen zu senden und mit ihnen einen Gegenseitigkeitsvertrag abzuschließen, wodurch sich beide Teile verpflichten, in Streitfällen den Zugang nach Möglichkeit zu hemmen. Unsere Brüder jenseits des Wassers werden sicherlich jede Hilfe leisten, wenn wir uns nur darum bemühen. Denn sie sind in gewerkschaftlichen Grundsätzen wohlvertraut und willig, in jeder möglichen Weise zu helfen, unsere Wünsche in dieser Hinsicht zu erfüllen, wie auch in jeder andern Sache, die zur Förderung der großen Bewegung dient, womit wir international verbunden zu sein die Ehre haben.

Durch die Verschmelzung mit den Dampfrohrlegern sind doch noch nicht alle Streitigkeiten um die „rechtmäßig zukommende Arbeit“ unterbunden worden. Selbst innerhalb der eigenen Organisation streiten sich noch die Berufe darum. In Spokane streikten die Dampfrohrleger gegen die auch in der Affiliation organisierten Wasserrohrleger, weil diese in einer Fleischmehlmühle ein Rohr gelegt hatten. Das lokale Bauarbeiteramt gab den Dampfrohrlegern unrecht, der dahin beorderte Distriktsbeamte verlangte von den Streikenden die Rückkehr zur Arbeit. Beides vergeblich. So blieb nichts anderes übrig, als die unerbittliche Gruppe außerhalb der Affiliation zu stellen. Als auch dieses nichts fruchtete, benachrichtigte die Organisationsleitung die Unternehmern, daß ihre Mitglieder nur mit rechtmäßig organisierten arbeiten würden. Hieraus erfuhrten uns die Arbeitgeber, ihnen wichtige Dampfrohrleger zu liefern, wozu wir glücklicherweise imstande waren.“ Mit anderen Worten, die Gewerkschaft lieferte den Unternehmern Arbeitswillige gegen ihre eigenen (zuerst gegen ihre Rechte verlustig erklärten) Mitglieder. Die Organisation beklagt sich noch über andere Berufe wegen Fortnahme der Arbeit. Der Generalorganisationsbericht hierüber: „Ich habe Tausende Fuß Rohre gesehen, die von Aufzugsbauern gelegt worden sind; sie haben auf unsere Proteste nur gelacht, besonders in Washington und Philadelphia. Die den Zimmerleuten angeschlossenen Monteure wie auch die Maschinenisten und auch die Brauereiarbeiter verletzen unsere Rechte. Wir sollten solche Eindringlinge nicht länger erlauben und alle Seiten benachrichtigen, daß sie in der Verletzung unserer Rechte und Privilegien eingewilligt haben.“

Die Affiliation hat sich von jeder die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge angelegen sein lassen. Nun, nachdem das bis zu einem gewissen Grad gelungen ist, taucht ein anderes Uebel, die „Schwarze Arbeit“, auf. Die jahrelange opferreiche Mühe sei vergeblich, wenn die Verwendung von schwarzen Leuten gestattet werde. Welche Tagelöhner sollten bei bestimmten Arbeiten verwendet werden dürfen und selbst Neger bei Grabarbeiten. Aber viele unserer Mitglieder verlangen wirklich nach solchen Leuten, welchen sie schwarzen, und halten sie für Arbeiter aller Art, lassen sie vielfach, sei es aus Faulheit oder Nachlässigkeit, Berufsarbeit verrichten. Wenn damit nicht aufgehört wird, so wird es in den Südstaaten bald eine Armeeschwarze Rohrleger geben, die denen ein vorzügliches Streikbrechermaterial liefern, die uns gegenüberstehen. Es sollte auf der heutigen Delegiertenversammlung wieder empfohlen werden, die Mitglieder zu befragen, die einen Neger als Helfer verwenden und eine diesbezügliche Bestimmung unserm Statut beifügen.“

In der Stadt Seattle ist die Organisation zu einer genossenschaftlichen Fabrik gekommen, ohne daß sie es eigentlich wollte. Nach dem verunglückten Streik im Winter 1909 zu 1910 galt es für eine Anzahl Mitglieder Arbeit suchen. Die Gruppe 32 der Affiliation gründete die Independent Plumbing & Heating Company. Die Unternehmern lachten über dieses Unterfangen, und auch den Gründern war es eigentlich nicht Ernst damit. Aus diesem Spott wurde jedoch allgemach ein fluggehabtes Unternehmen, worüber den Fabrikanten das Lachen vergangen ist. Die Gewerkschaftsmerkmal besteht nun über 90 Jahre, macht immer bessere Geschäfte und hat mehr Kredit als 90 Prozent der Privatunternehmer in Seattle. Die Organisation dieser Verbändewerkstatt ist wert, kurz geschildert zu werden. Jedem Mitglied der beiden lokalen Gruppen der Affiliation ist es erlaubt, sich um Einweisung von Zeugnissen, Wasserleitungen und bergleichen zu bewerben. Formulare für den Kostenaufschlag liefert die Werkstatt. Das Mitglied entnimmt dem Magazin der Werkstatt das nötige Material, legt es dem Verwalter vor, der dann den Selbstkostenpreis nebst einem kleinen Zuschlag für Verwaltung feststellt. Das Mitglied teilt dem Verwalter die Zeit mit, die es für die Arbeit nötig hält. Die Stundenzahl wird mit den Materialpreisen in den Vertrag eingeschrieben. Damit ist die Teilnahme des Verwalters an der Arbeit beendet. Das Mitglied kann jedoch nicht mehr verrechnen, als im Vertrag angegeben ist. Wird eine Arbeit dem sich darum bewerbenden Mitglied zugesprochen, so wird sie auf Namen und Vertrag der Verbändewerkstatt ausgeführt. Deren Verwalter liefert dann die Rechnungen ein, geht von den Zeugnissen die Kosten des Materials ab und übergibt den Rest dem Mitglied, das die Arbeit hat. Die Werkstatt hat vom 10. Juni 1910 bis zum November 1911 nicht weniger als 458 Aufträge ausgeführt und im Monatsdurchschnitt 1050 Dollar für Löhne gezahlt. Die Mitglieder haben manchmal Aufträge zu niedrigeren als den üblichen Preisen angenommen, um einem höflichen Meister die Arbeit abzugeben, aber keines der solche Arbeiten übernehmenden Mitglieder arbeitet für weniger als den üblichen Lohn. In den letzten drei Jahren sind hauptsächlich durch die Verbändewerkstatt über 175 Aufträge ausgeführt worden, worunter sich ziemlich große befinden, rühmt werden. . . . Anstatt das Geld für Streikunterstützung auszugeben, steht es dem Feind die Arbeit wegnimmt. . . . Wenn die Rohrlegermesser sich nicht mit den Mitgliedern über die Arbeitsbedingungen einigen, dann werden in den nächsten Jahren solche Verbändewerkstätten im ganzen Lande entstehen.“

Auch die Gewerkschaftsleitung hatte eine friedliche Verständigung für erwünscht und bleibe dazu willig die Hand. Ein längerer Lohnkampf und ganz besonders eine Aussperrung treffe alle Kreise der Einwohnerschaft, nicht zuletzt die Kommunen selbst, so daß man auch von dieser Seite mit seiner Meinung nicht zurückhalten solle. Redner schloß seinen überaus reichhaltigen Vortrag mit Betonung des Wertes und Nutzens der Gewerkschaftsorganisation, für deren praktische Erfolge er ein reiches Tatsachenmaterial und zahlreiche Anekdoten aus der bürgerlich-sozialen Wissenschaft anführte. Als zweiter Referent richtete Bezirksleiter Martin (Düsselb.) noch einbringliche Organisationsmaßnahmen an die zahlreich versammelten Arbeiter, indem er einen kurzen Rückblick auf die an Mühen und Opfern so reiche Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung warf und die Notwendigkeit einer fortschreitenden Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Kultur- und Arbeitsentwicklung nachwies. Ferner wies er noch eine in einem bürgerlichen Blatte erschienene „Nichtigstellung“ des Wertes zurück und betonte, daß mit erhöhten Lohntarifen und besserer Technik nicht nur die Leistungsfähigkeit der Maschinen zunehme, sondern doch auch die Anspannung und Ausnutzung des Arbeiters eine viel intensivere geworden sei, daß weit mehr als früher aus ihm herausgeholt werde. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung bilde der Tarifvertrag, der auch allen ungesunden Auswüchsen im Geschäftsleben ein Ende mache. Seine gelte der Appell zur Organisation der hohenzollernischen Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.) Nachdem der Versammlungsleiter Lindenberg nochmals zur Einigkeit im Kampfe, zum Beitritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verein, zur Unterstützung der Arbeiterpresse und der Wirte, die allen behördlichen Schikanen zum Trotz der Arbeiterschaft ihre Lokale zur Verfügung stellen, aufgefordert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige allgemeine Walzwerks- und Metallarbeiterversammlung hohenzollernischer Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.) Nachdem der Versammlungsleiter Lindenberg nochmals zur Einigkeit im Kampfe, zum Beitritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verein, zur Unterstützung der Arbeiterpresse und der Wirte, die allen behördlichen Schikanen zum Trotz der Arbeiterschaft ihre Lokale zur Verfügung stellen, aufgefordert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige allgemeine Walzwerks- und Metallarbeiterversammlung hohenzollernischer Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.)“

Die hiesige Gewerkschaftsleitung hatte eine friedliche Verständigung für erwünscht und bleibe dazu willig die Hand. Ein längerer Lohnkampf und ganz besonders eine Aussperrung treffe alle Kreise der Einwohnerschaft, nicht zuletzt die Kommunen selbst, so daß man auch von dieser Seite mit seiner Meinung nicht zurückhalten solle. Redner schloß seinen überaus reichhaltigen Vortrag mit Betonung des Wertes und Nutzens der Gewerkschaftsorganisation, für deren praktische Erfolge er ein reiches Tatsachenmaterial und zahlreiche Anekdoten aus der bürgerlich-sozialen Wissenschaft anführte. Als zweiter Referent richtete Bezirksleiter Martin (Düsselb.) noch einbringliche Organisationsmaßnahmen an die zahlreich versammelten Arbeiter, indem er einen kurzen Rückblick auf die an Mühen und Opfern so reiche Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung warf und die Notwendigkeit einer fortschreitenden Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Kultur- und Arbeitsentwicklung nachwies. Ferner wies er noch eine in einem bürgerlichen Blatte erschienene „Nichtigstellung“ des Wertes zurück und betonte, daß mit erhöhten Lohntarifen und besserer Technik nicht nur die Leistungsfähigkeit der Maschinen zunehme, sondern doch auch die Anspannung und Ausnutzung des Arbeiters eine viel intensivere geworden sei, daß weit mehr als früher aus ihm herausgeholt werde. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung bilde der Tarifvertrag, der auch allen ungesunden Auswüchsen im Geschäftsleben ein Ende mache. Seine gelte der Appell zur Organisation der hohenzollernischen Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.) Nachdem der Versammlungsleiter Lindenberg nochmals zur Einigkeit im Kampfe, zum Beitritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verein, zur Unterstützung der Arbeiterpresse und der Wirte, die allen behördlichen Schikanen zum Trotz der Arbeiterschaft ihre Lokale zur Verfügung stellen, aufgefordert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige allgemeine Walzwerks- und Metallarbeiterversammlung hohenzollernischer Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.)“

Die hiesige Gewerkschaftsleitung hatte eine friedliche Verständigung für erwünscht und bleibe dazu willig die Hand. Ein längerer Lohnkampf und ganz besonders eine Aussperrung treffe alle Kreise der Einwohnerschaft, nicht zuletzt die Kommunen selbst, so daß man auch von dieser Seite mit seiner Meinung nicht zurückhalten solle. Redner schloß seinen überaus reichhaltigen Vortrag mit Betonung des Wertes und Nutzens der Gewerkschaftsorganisation, für deren praktische Erfolge er ein reiches Tatsachenmaterial und zahlreiche Anekdoten aus der bürgerlich-sozialen Wissenschaft anführte. Als zweiter Referent richtete Bezirksleiter Martin (Düsselb.) noch einbringliche Organisationsmaßnahmen an die zahlreich versammelten Arbeiter, indem er einen kurzen Rückblick auf die an Mühen und Opfern so reiche Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung warf und die Notwendigkeit einer fortschreitenden Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Kultur- und Arbeitsentwicklung nachwies. Ferner wies er noch eine in einem bürgerlichen Blatte erschienene „Nichtigstellung“ des Wertes zurück und betonte, daß mit erhöhten Lohntarifen und besserer Technik nicht nur die Leistungsfähigkeit der Maschinen zunehme, sondern doch auch die Anspannung und Ausnutzung des Arbeiters eine viel intensivere geworden sei, daß weit mehr als früher aus ihm herausgeholt werde. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung bilde der Tarifvertrag, der auch allen ungesunden Auswüchsen im Geschäftsleben ein Ende mache. Seine gelte der Appell zur Organisation der hohenzollernischen Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.) Nachdem der Versammlungsleiter Lindenberg nochmals zur Einigkeit im Kampfe, zum Beitritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verein, zur Unterstützung der Arbeiterpresse und der Wirte, die allen behördlichen Schikanen zum Trotz der Arbeiterschaft ihre Lokale zur Verfügung stellen, aufgefordert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige allgemeine Walzwerks- und Metallarbeiterversammlung hohenzollernischer Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.)“

Rundschau.

Ortskrankenkassen-Verbandsstag.

Die diesjährige Hauptversammlung des Bundes deutscher Ortskrankenkassen, der fast fünf Millionen Versicherte angehört, tagte vom 17. bis zum 21. August in Breslau. Der Vorsitz des Hauptverbandes ist schon rein äußerlich auf seinen Tagungen ersichtlich. Die Zahl der Delegierten nimmt ständig zu, diesmal waren es über 800, eine beträchtliche Zahl, wodurch freilich die Verhandlungen sehr nicht gerade gefördert werden.

Der Kongress hatte eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, von der wir hier nur die wichtigsten Punkte erwähnen können. Das größte Interesse verdient der Punkt des Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten. Es dürfte bekannt sein, daß der Leipziger Ärzteverband seine Mitglieder aufgefordert hat, die Beiträge zu den Krankenkassen zu kündigen. Er erachtet die allgemeine Einführung der freien Arztwahl und hat bezüglich der Summierung Forderungen ausgesprochen, die von den Krankenkassen um schwer zu erfüllen sind. Der Referent, Verbandspräsident Fr. B. D. (Dresden), erklärte, die Forderungen der Ärzte seien für die Krankenkassen unannehmbar. Wenn man diesen Forderungen nachgeben würde, würde das Bestehen der Kassen nicht mehr möglich sein. Die Krankenkassen seien für den Frieden, solange der Leipziger Verband ihnen jedoch den Kampf auf, dann solle er mit allen Kräfte den Kampf aufnehmen. Der Kongress stimmte einstimmig einer vom Vorstand unterzeichneten Entschuldigungs- und Bitte an die Ärzte.

Die Jahresrechnung wurde ebenfalls in großer Eile erledigt. Die Tätigkeit der Krankenkassen der Ortskrankenkassenorganisation war: sie hat es auch für eine erste Phase der Reformbewegung, die materiellen Interessen der für die Kassen tätigen Ärzte zu fördern. Die fortgesetzte Forderung der Krankenkassen für eine bessere Organisation bei den Krankenkassen zeigen den guten Willen der Krankenkassen, den Ärzten zu gewöhnen, was ihnen für ihre Tätigkeit unter Würdigung ihrer sozialen Stellung gebührt. Mit der weiteren Entwicklung der Krankenkassenorganisation soll auch das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten geregelt werden, wobei niemals die Behandlung von unheilbaren Kranken der Krankenkassen und Krankenkassen gehört in das Gebiet anderer Heilanstalten. Die erste Bedingung der Möglichkeit des Zusammenwirkens von den Krankenkassen wird durch das Abschließen eines Abkommens zwischen Krankenkassen und Ärzten haben keine Teile auf dem Boden der Krankenkassenorganisation im Wege friedlicher Besprechung zu regeln. Kollektivverträge sind nur dann anzunehmen, wenn dadurch nicht eine Monopolisierung zugunsten einer Ärzteorganisation bedingt wird. Allgemeine Grundsätze für das ganze Reich mit den Ärzteverbänden zu vereinbaren, ist der Hauptverband nach wie vor bereit.

Die hiesige Gewerkschaftsleitung hatte eine friedliche Verständigung für erwünscht und bleibe dazu willig die Hand. Ein längerer Lohnkampf und ganz besonders eine Aussperrung treffe alle Kreise der Einwohnerschaft, nicht zuletzt die Kommunen selbst, so daß man auch von dieser Seite mit seiner Meinung nicht zurückhalten solle. Redner schloß seinen überaus reichhaltigen Vortrag mit Betonung des Wertes und Nutzens der Gewerkschaftsorganisation, für deren praktische Erfolge er ein reiches Tatsachenmaterial und zahlreiche Anekdoten aus der bürgerlich-sozialen Wissenschaft anführte. Als zweiter Referent richtete Bezirksleiter Martin (Düsselb.) noch einbringliche Organisationsmaßnahmen an die zahlreich versammelten Arbeiter, indem er einen kurzen Rückblick auf die an Mühen und Opfern so reiche Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung warf und die Notwendigkeit einer fortschreitenden Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Kultur- und Arbeitsentwicklung nachwies. Ferner wies er noch eine in einem bürgerlichen Blatte erschienene „Nichtigstellung“ des Wertes zurück und betonte, daß mit erhöhten Lohntarifen und besserer Technik nicht nur die Leistungsfähigkeit der Maschinen zunehme, sondern doch auch die Anspannung und Ausnutzung des Arbeiters eine viel intensivere geworden sei, daß weit mehr als früher aus ihm herausgeholt werde. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung bilde der Tarifvertrag, der auch allen ungesunden Auswüchsen im Geschäftsleben ein Ende mache. Seine gelte der Appell zur Organisation der hohenzollernischen Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.) Nachdem der Versammlungsleiter Lindenberg nochmals zur Einigkeit im Kampfe, zum Beitritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verein, zur Unterstützung der Arbeiterpresse und der Wirte, die allen behördlichen Schikanen zum Trotz der Arbeiterschaft ihre Lokale zur Verfügung stellen, aufgefordert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige allgemeine Walzwerks- und Metallarbeiterversammlung hohenzollernischer Gewerkschaften, die es mindestens ebenso nötig wie anderswärts habe, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen. Gerade jetzt, wo ein Aufruhr Bebel, der seit seines Lebens für das Arbeiterwohl gekämpft und gestritten habe, ins Grab gesunken sei, müsse das Gelübde: „Einer für alle, alle für einen!“ besonders heilig sein. (Lebhafte Beifall.)“

Georg Fröhlich.

Nach Ermächtigung des Senats wurde am 25. August Georg Fröhlich aus dem Gefängnis zu Eisingen entlassen. Er gehörte zu den Verurteilten eines Vordemokratensprozesses, der vom 18. bis zum 19. März 1911 vor dem Reichsgericht verhandelt wurde. Bekanntlich wurde die ganze Angelegenheit dadurch, daß der Hauptangeklagte Zalas nicht den tarifmäßigen Lohn bezog, sondern ein höheres Gehalt verlangte, zum Streit mit obligatorischer Anwesenheit von Eisingen. Leider kamen dabei die Aussagen von Zeugen vor, wobei auch eine Aussage durch einen Sachverständigen vorlag, welche insofern späterer Überzeugung war. Wir haben seinerzeit ausführlich darüber berichtet (Metallarbeiter-Zeitung 1911, Nr. 14, Seite 115). Wir haben auch schon vor jeder und bei jeder Gelegenheit betont, daß in der Arbeiterbewegung jede Gewalttat vermieden werden muß und daß der Alkohol bei Arbeitskämpfen ein sehr gefährliches Mittel ist. In solchen Fällen müssen wir die Schulden klären, sondern müssen die Angelegenheit aus der Hand nehmen. So war es auch in diesem Falle. Es wurde beschlossen, daß Fröhlich zur Zeit der Verhandlungen aus dem Gefängnis entlassen werde. Im ganzen wurde am 25. August 1911 ein Urteil gefällt. Ein anderer Angeklagter wurde am 12. August 1911 zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Tarif über nicht? Gegen die Firma D. & G. zu Berlin.

Man kann die Befürchtung verstehen, mit der verantwortliche Gewerkschaftsführer einem so gewaltigen Klingen entgegenstehen, aber Meppenungen, wie sie die Metallarbeiter-Zeitung letzten brachte, sind ein bedauerliches Zeichen für den Niedergang der Gewerkschaft, sondern des Redakteurs, der solches schreiben könne. Wir wissen nicht, ob der Genosse Rosenfeld wirklich so „hochstehende“ Ausführungen gemacht hat, oder ob seine Rede nur im Bericht entzerrt worden ist. Sollte aber das erkannte der Fall sein, so stellen wir fest, daß Genosse Rosenfeld auf unsere Ausführungen nur mit einer persönlichen Beschimpfung zu erwidern suchte. Wir verschmähen es, dem Genossen Rosenfeld auf dieses Gebiet zu folgen und haben für das, was von seinen Ausführungen über uns berichtet wird, nur die kurze Bemerkung übrig: Ziefers hängen!

Genossenschaftliches.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Böhlhoff hat am 23. Juli der Heizungsanstalt S. auf Zahlung von 88,71 M. Lohnrest. Kläger gab an, es sei ihm tarifmäßige Bezahlung zugesichert worden, aber für die Einrichtung einer Haube seien ihm nicht die tariflichen 3 Prozent des Werkzeugswertes — das wären 60 M. — gezahlt worden, sondern nur 20 M. und für die Fertigstellung eines Apparates habe er auch nicht die tariflichen 7 1/2 Prozent der Apparatsumme erhalten, so daß auch hier noch 88,71 M. zu zahlen seien. Die Beklagte Firma bestritt zunächst, daß ein Tarif bestehe. Sie ist allerdings auch nicht dem Tarif des Deutschen Metallarbeiter-Vereins für das Kupfergewerbe beigetreten, weil sie sich nicht binden und sich „nach Leistung“ zahlen wollte. Dennoch ist stets von einem Tarif die Rede gewesen. Den neu Entstandenen wurde versichert, selbstverständlich werde nach Tarif gezahlt. Umgehend hatte die Firma damit stets nur dem einseitig vom Verein Deutscher Zentralheizer-Institute aufgestellten Tarif gemeint.

Ein Denkmahl für Feinden der Arbeit.

Es war in den letzten Tagen des Januar 1912, als eines Abends das Gericht die Stadt Nürnberg durchschmürte. Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft brennt, die ganze Fabrik steht in Flammen, der Schiffsmotor ist explodiert, circa dreißig Personen sind getötet. Was auch das Unglück nicht ganz so groß, wie die erste Berichterstattung lautete, so war es immerhin doch groß genug. Neben einer Anzahl Arbeiter, die mehr oder minder schwer verletzt waren, hatte die Katastrophe erst acht Menschenleben gleich direkt oder nachher durch den Tod überfallen oder qualvollen Todesstamm geordnet. Unter großer Beteiligung wurden die acht nebeneinander zur Ruhe gebracht. Noch war das frische Grün der Kränze nicht ganz verblüht, als in kurzen Zwischenräumen noch zwei weitere Opfer der Explosion

ihnen vorangegangenen Kollegen in die Kühle Erde folgten. (Wir haben fernerzeit über die vermeintlichen Ursachen des schrecklichen Unglücks und über die notwendigen Maßnahmen, um bei Wiederholung solcher Katastrophen die Gefahr auf das mindeste zu beschränken, in einem längeren Artikel berichtet.)

Am 27. August wurde auf dem Nürnberg Centralfriedhof das Denkmal auf die Gefahr der Arbeit enthüllt. Ganz in der Stille, keine hundert Personen nahmen an der Erhebung der Gedenksteine teil. Der Bourat Dr. Nepl hielt eine kurze, der Veranstaltung entsprechende Ansprache und dann fiel die Gedenktafel dem Bildhauer Roth in Nürnberg entworfenen und angefertigten Denkmal stellt eine überlebensgroße Figur dar, deren rechter Arm, zum gewaltigen Wurf aussehend, eine lodernde Fackel fortzuführen will. Die Ausführung des Denkmals ehrt ihren Meister. Nun haben zehn Opfer, die bei dem gewaltigen Konkrete, die Natur um ihre Kräfte der Menschheit dienstbar zu machen, ihr Leben einbüßten, ein Denkmal bekommen. Es gebührt aber auch allen den zahllosen und namenlosen Opfern, die bei den vielen Versuchen, die gewaltigen Kaludkräfte zum willfährigen Erhalten des Menschen zu machen, jahre- jahre lang ihre Gesundheit, ihre geraden Glieder und ihr Leben opfernden und noch opfern müssen. Man baut diesen Deuten keine Denkmale, und auch das Denkmal auf dem Centralfriedhof in Nürnberg wird — wenn überhaupt — nur wenige festgesetzten aufweisen können. In der jetzigen Zeit baut man nur für die und kriegerischen Denkmäler, gütlichfalls wird einem Dichter, nachdem er vorher verhungert ist, ein Denkmal gesetzt. Der Arbeiter aber, er muß sich erst durch seine Organisations die notwendige Anerkennung erkämpfen — nicht um sich und seine Taten durch ein Denkmal zu ehren, sondern um sich und die Seinigen durchs Leben fristen zu können.

Die Wirkung der Einführung des Achtstundentages.

Die Forderung der Einführung des Achtstundentages für die Feuerbetriebe der Großindustrie macht den in Frage kommenden Unternehmern und ihren Geschäftsführern andauernd Kopfschmerzen. In der Nummer 29 der Deutschen Arbeiter-Zeitung vom 20. Juli 1913 wird auf angeleglich beachtenswerte Ausführungen hingewiesen, die der Bergat Dr.-Ing. Willinger kürzlich in Kattowitz über die Wirkung der Einführung des Achtstundentages für die Großindustrie und die Folgen, die ein solches Gesetz für unser gesamtes Wirtschaftsleben haben müßte, gemacht habe. Wir lesen da:

Herr Willinger wies darauf hin, daß, wenn die Sozialdemokraten und ihre Helfershelfer erst einmal ihr zunächst ins Auge gefaßtes Ziel, die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für die Großindustrie, erreicht haben, es dann auch für die übrigen Industriezweige kein Halten mehr gibt. Entweder werden sie ebenfalls einem solchen Gesetz unerschrocken, oder aber das Achtstundengesetz für die Großindustrie wird zum mindesten ein so kräftiges Stützmittel für die gewerkschaftliche Agitation werden, daß die übrigen Industrien und auch das Handwerk dem Druck der Arbeiterverbände nicht mehr Widerstand zu leisten vermögen. Was in der Großindustrie anfänglich ist, so wird es heißen, ist auch anderswo durchführbar. Wie gewaltig aber die Schädigung der gesamten deutschen Industrie und ihrer Arbeiterschaft wäre, wenn die Sozialdemokratie dieses von ihr heißbegehrte Ziel erreicht hat, braucht eigentlich nicht näher dargelegt zu werden. Woher sollen, so fragt man sich, vor allem die Arbeitermassen genommen werden, die bei der Einführung des Achtstundentages in der Großindustrie übergar in der gesamten deutschen Industrie überhaupt mehr erforderlich sein werden? Denn jede Arbeitszeitverkürzung bedeutet naturgemäß eine Schädigung des Bedarfs an Arbeitskräften, um das gleiche Arbeitsquantum zu leisten. Vergäbe man diese künstlich erzeugte Mangel an Arbeitskräften noch durch die sich immer noch mehren Anforderungen, welche die Landesverteidigung an das deutsche Volk stellt.

Daß die Deutsche Arbeiter-Zeitung und der Bergat Willinger etwa gegen die weitaustragende Heeresvermehrung bezogenen Schrift protestiert hätte, weil sie der deutschen Industrie die notwendigen Kräfte entziehe, ist uns nicht bekannt geworden. Bei der Frage der Einführung des Achtstundentages soll aber helfen, was eben helfen mag. Und wie dumm da wieder mit den vorgeblichen Gefahren des Achtstundentages gearbeitet wird! Einmal soll nach altem Schema die Einführung der Achtstundensicht in der Großindustrie unmöglich durchzuführen sein, dann aber wird erwidert, daß sich die Einführung aufs beste bewähren werde. Denn sonst könnte doch nicht damit gedroht werden, daß die Einführung in der Großindustrie bald andere Betriebe nach sich ziehen werde. Ist die Einführung in der Großindustrie unmöglich, wie ist sie so viele Schäden im Gefolge haben, wie die Schafmacher an die Wand malen, so wäre doch gewiß nicht unwahrscheinlich, daß auch andere Betriebe in kürzester Frist mit dem Achtstundentag beglückt würden. Die ganze Art der Beweisführung läßt den Schluß zu, daß die, die solcherart gegen die Einführung des Achtstundentages ankämpfen, selbst nicht allzu fest von der Durchschlagkraft ihrer Gründe überzeugt sein können. Trotz den üblen Folgen, die die Einführung des Achtstundentages für die Großindustrie angeblich unzweifelhaft haben soll, soll aber doch das Achtstundengesetz „ein kräftiges Stützmittel für die gewerkschaftliche Agitation werden“ können! Wäre nicht, wenn man etwas logischer schlussfolgern wollte, vielmehr anzunehmen, daß die vorausgesetzten bösen Folgen des Achtstundentages — w ohlgemerkt, wenn sie eintreffen — die gewerkschaftliche Agitation erschweren würden? Widerspruch über Widersprüche, die aber die Verfasser richtiger Anschauungen nicht weiter geneieren. Daß durchaus nicht naturgemäß jede Verkürzung der Arbeitszeit eine Mehrung der Arbeitskräfte im Gefolge haben muß, ist bekannt genug. So menschlich lassen sich die Dinge nicht behandeln. Wenn die Beauftragten der Unternehmer keine besseren Gründe für ihre Sache beibringen können, mögen sie ruhig einpaten.

Schadenersatz an Arbeitswillige.

In Januar 1911 hatten die Arbeiter in der Malzfabrik Eisenberg in Erfurt wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Unter den Arbeitswilligen befand sich auch der Arbeiter Klaus. Nach Wiederaufnahme der Arbeit entstanden zwischen diesem Arbeitswilligen und den organisierten Arbeitern Reibereien, die, wie einige Zeugen später vor Gericht behaupteten, besonders durch das provokatorische Verhalten des Arbeitswilligen verschärft wurden. Nach den Aussagen eines Zeugen hat Klaus einmal einen organisierten Arbeiter mit einer Bierflasche in die Knielehle geschlagen, daß er zusammenfiel. Einen anderen Arbeiter hat Klaus „auf den Kopf“ und „in die Kehle“ geschlagen. Ferner hat er seinen Haß gegen seine organisierten Kollegen mit den Worten Luft gemacht: „Die Kloten müssen hier raus.“ Der Arbeitswillige war dann entlassen worden; die Entlassung sollen drei organisierte Malzereiarbeiter inoffiziell verschuldet haben, daß die Fabrikhaber nach ihren eigenen Aussagen befürchteten, es könne zur erneuten Arbeitseinstellung kommen, weil ihnen von dem Malzmeister und einem Oermäzger die Mitteilung gemacht wurde, daß die Arbeiter große Abneigung bekundeten, mit Klaus zusammenzuarbeiten. Auch war im Laufe einer Verhandlung, die zwei besagte Ortsverwaltungsratsmitglieder des Verbandes mit den Fabrikanten hatten, die Rede auf Klaus gekommen, und dabei soll die Bemerkung gefallen sein, wie es mit der Entlassung des Klaus stünde.

In der von den Arbeitswilligen angeklagten Schaden- ersatzklage hatte das Landgericht Erfurt im Januar 1912 den Schadenersatzanspruch im Prinzip als berechtigt anerkannt, die von den Beklagten eingelegte Revision hatte das Oberlandesgericht Naumburg verworfen und die Zurückung mit der Festsetzung der Schadenersatzsumme beauftragt. Das Oberlandesgericht sagte in der Urteilsbegründung, daß das Schloßen mit der Bierflasche als harmlos bezeichnet werden müsse, wogegen der Umstand, daß der in herausfordernd auftretende Klaus eines Tages einen Oermäzger, woran ein Jettel befestigt war, der die Aufschrift trug: „Mit diesem Knüttel wirst Du hinausgehauen“, als ein wichtiger Beweis für den angeblichen Terrorismus der Beklagten angesehen wurde.

Das Landgericht Erfurt hat im Termin vom 22. August die Schadenersatzsumme auf 1100 M. festgesetzt. Nach dem Urteil soll die Schadenersatzsumme ein Ersatz für den Lohnausfall infolge Arbeitslosigkeit nach dem Ausscheiden des Arbeitswilligen aus der Malzfabrik, für die Mindereinnahme in der Zeit seiner anderweitigen Beschäftigung und sogar für die Differenz zwischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung während einer Krankheit sein. Der Klagenanspruch auf Gewährung einer im voraus zu zahlenden Rente von 488,40 M. pro Jahr wurde abgelehnt, weil die Voraussetzungen des § 843 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht erfüllt seien, doch wird das Urteil des Landgerichts ausdrücklich als Teilurteil bezeichnet und die Pflicht der Beklagten für den in Zukunft noch zu erwerbenden Schaden des Klägers soll vorläufig dahingestellt bleiben. Trotzdem also der Anspruch des Arbeitswilligen auf Zahlung der bereits ermittelten Rente abgewiesen worden ist, heißt es ihm doch unbenommen, jederzeit gegen seine früheren Arbeitskollegen weitzuzulagen.

Das freimüthige Berliner Tageblatt ist erfreut über das Urteil, weil es nur einer zweckmäßigen Anwendung der bestehenden Gesetze und keiner politischen Ausnahmefestsetzung bedürfe. Es bezeichnet das Urteil als scharf, aber gerecht, und meint, der Terrorismus jeder Art sei eine so widerwärtige Erscheinung, daß deren, die ihn ausüben, und die ihn bis zur Brolosmachung Andersgeschulter betreiben, eine gehörige Strafe gebührt. Echt freimüthig!

Noch mehr Streikbrecherstrafe nötig?

Ein umfangreicher Streikbrecherbeleidigungsprozess spielte sich am Dienstag den 5. August vor der Strafkammer des Landgerichts zu Göttingen ab. Gegen drei Urteile des Schöffengerichts in Wehlar, die sämtlich auf Gefängnisstrafe lauteten, war von den Verurteilten Berufung eingelegt worden. Es handelte sich um sogenannte Streikbrecherbeleidigungen und Bedrohungen, die erfolgt sein sollen anlässlich der Streikbewegung im Frühjahr dieses Jahres in Wehlar. Dort hatten damals in der Mercedes-Schreibmaschinenfabrik 330 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Maßregelung von Mitarbeitern die Arbeit niedergelegt, um diese wieder in den Betrieb zu bekommen und um den Maschinenpark der „Selben“ einen Neuzug zu beschaffen.

Es waren vier Zeugen geladen und für die drei Angeklagten fungierten zwei Rechtsanwälte. Das Gericht beschloß, daß in allen drei Sachen gemeinschaftlich zu verhandeln ist. Der erste Angeklagte S. H. war nicht am Streik beteiligt. Er soll beim Nachhausegehen mittags 12 Uhr einen 14-jährigen Lehrling „Streikbrecher“, „Selber“ geschimpft und den Burschen dann noch ins Gesicht geschlagen haben. H. bestritt dies. Gälte er solches getan, würden Leute es gehört und gesehen haben, denn gerade um diese Zeit sei die Straße in der Stadt stark belebt. Der 14-jährige Weiler wurde als Zeuge benommen. Er erklärte, daß er von seinen Eltern veranlaßt worden sei, dort in Arbeit zu treten, er selbst habe es nicht gewollt und wisse nicht, was ein Streik ist. Zwei Tage darauf sei er von S. H. auf der Straße beleidigt und geschlagen worden. Auf Befragen des Vorstehenden sagte der Zeuge, daß es niemand gesehen habe. Das ist den Richtern ungläublich, da um diese Zeit doch viele Leute auf der Straße seien. Weiter hieß aber bei seiner Behauptung. Ein anderer Zeuge trat auf, der die beiden am fraglichen Tage zur genannten Zeit tatsächlich gesehen hatte, wie sie auf der Straße dahingingen, er hat aber weder etwas von Schimpfworten gehört, noch das Schloßen gesehen. Weiter erklärte der Angeklagte, der Vorfall sei erfunden, er habe auf Wunsch dritter Personen die Unwahrheit, er habe etwa eine Woche später die Geschichte erzählt, dann sei die Anzeige gemacht worden.

Dem Schlosser W. R. wurde zum Vorwurf gemacht, zu dem Arbeitswilligen Mechaniker Wilhelm zum Steinbach-Hallenberg gesagt zu haben: „Daß dich hier nicht wieder bitiden, sonst itregst du die Pile ins Kreuz.“ W. bestritt nicht, zu einem Arbeitskollegen, mit dem er am Vordamm beschäftigt war, eine ähnliche Aeußerung im Gespräch gesagt zu haben, den W. habe er aber gar nicht gekannt, auch nichts davon gewußt, daß er in der Mercedes den Streikbrecher mache. Wilhelm erwiderte als Zeuge und es wurde festgesetzt, W. ist drei Wochen am Streik beteiligt gewesen. Um die kritische Zeit, wo er R. gesehen hat, kam W. von Suhl gefahren, wo er sich seine Streikunterstützung geholt hatte und ging in die Fabrik, hierbei sprach er einige Worte mit einem anderen ihm bekannten freitenden Arbeiter, der auch mit an der Bahn, nahe dem Wehlarer Bahnhof arbeitete, aber nicht mit R. Nachdem soll R. mit Schloßen gedroht haben. W. bestritt dies entschieden und legte dar, daß das doch gar keinen Sinn gehabt hätte. W. erklärte auf die Frage des Vorstehenden, warum denn gestreift wurde: „Das haben die Leute selbst nicht gewußt.“ Eine vollständig unzutreffende Behauptung.

Der dritte Angeklagte, M. L., sollte ebenfalls einen Arbeitswilligen bedroht haben. L. sei mit noch anderen Kollegen am Sonntag abend in den Tanzsaal des Gasthofes zum deutschen Kaiser gekommen, wo er Peter Red getroffen habe. L. habe nun den R. gefragt, ob er noch in der Mercedes arbeite, worauf R. geantwortet hat: „Nein, ich habe gehört und bei Schilling angefangen.“ Jetzt soll L. nach der Anzeige den R. geschimpft und bedroht haben. W. schilderte in für uns überzeugender Weise seine Unschuld, es habe doch nicht die geringste Veranlassung zu ausfälligen Bemerkungen vorgelegen, da R. doch nicht mehr in der Fabrik war. Er gab vier Zeugen an, doch das Gericht lehnte deren Ladung ab. Es sei alles genügend geklärt. Das Gericht glaubte nur dem Red, der in Wirklichkeit noch heute in der Mercedes beschäftigt ist und nicht ausgehört hatte, mit dem Angeklagten L. und anderen etwas vorgelegen hätte! Zeuge Direktor Schilling konnte zur Sache nichts von Belang aussagen.

Die Verteidiger nahmen sich ihrer Klienten in energischer Weise an und beantragten Freisprechung, da absolut nichts bewiesen sei und ein Lohnkampf im Sinne der § 152, 153 auch nicht in Frage kommen könne, da nach den Feststellungen ein einfacher Akt der Solidarität vorgelegen habe. — Ganz anders dachte das hohe Richterkollegium. Zunächst lehnte es alle weiteren Beweisanträge ab. Dann meinte das Urteil, es sei ein Machtkampf im Interesse der im Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter gewesen, der die Serrich auf dem Kopf zu sich reißen wollte, damit der gelbe Verein nicht auflösen sollte. Damit wären schließlich in Betrieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen aller erheblich verbessert worden! Nur ein Streik zu politischen Zwecken solle nicht unter die betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung. Wenn auch die Zeugenaussagen zum Teil sehr wandelnd und unsicher waren, so sei an deren Zuverlässigkeit und Wichtigkeit doch nicht zu zweifeln. Es handelte sich um einen sehr erbittert geführten Streik, da seien die Bedenken, daß die Angeklagten das nicht getan, hinlänglich und es müßte die persönliche Freiheit des einzelnen ausreichend in Schutz genommen werden. Zwei der Angeklagten, H. und R., mußten also je 14 Tage, L. 10 Tage ins Gefängnis. Von Rechts wegen.

Eine christliche Kunststätte.

Herr Friedrich Prinz, Goldschmied und Graveur für kirchliche Kunst in München-Glabbach, annanzierte nach einem neuen Schöpfen. Einer der Bewerber erhielt folgenden Brief:

„Herrn Wenn man einen neuen Schöpfen sucht, dann bekommt man allerlei Angebote. Der eine junge Mann ist so sehr von sich selbst eingenommen, daß er es als eine besondere Günstigkeit betrachtet, wenn er dem einen Schöpfen fuchenden Meister seine Kräfte und seine große Kunst zur Verfügung stellt. Ein anderer demselben sein Können so hoch und das Verständnis des neuen Meisters so tief, daß er glaubt, letzterer müsse in Ehrfurcht vor ihm fast sterben und wäre infolge dessen zur Zahlung jeden verlangten Lohnes freudig bereit. Die dem Schöpfen Beschäftigten ist eine Frau, die einen Antrag gemacht hat. Ihr Brief jedoch düstet etwas danach, darum antworte ich Ihnen auch. In meiner Betriebe ist bereits ein tüchtiger verheirateter Graveur schon viele Jahre beschäftigt, da ich aber

immer mehr Silberschmiede eingestellt habe, kann derselbe die Grabter-, Urteller- und Verfertiger nicht mehr allein bewältigen, deshalb brauche ich eine jüngere Kraft dazu. Haben Sie übersehen in meiner Annonce, daß ich einen Graveur für Kirchenarbeit suchte? Oder haben Sie guten Willen, sich einzuarbeiten? Wir haben dann und wann etwas Schönes und einige Monogramme zu grabieren, im allgemeinen, da fast ausschließlich aber nur kirchliche Gefäße und Geräte in Silber und Messing und dann im romanischen, gotischen und modernen Stil, im letzteren aber wenig. Nach Ihren Mustern abdrücken haben Sie derartiges noch nicht gemacht, jedoch verraten die Abdrücke, daß Sie die Technik des Graveurs beherrschen. Wenn Sie also selbst Stille studieren wollten und viel guten Willen und Geduld haben, dann ist es gar nicht ausgeschlossen, daß Sie sich einarbeiten, Sie wären nicht der erste, der das fertig bringt. Nun müßten Sie auch verdienen und leben können. Ich zahle meinen Gehilfen stets freiwillig einen angemessenen Lohn, so daß alle Zufrieden sind. Wieviel ich Ihnen zahlen kann, das weiß ich noch nicht, ich setze niemals einen Lohn fest, bevor ich Leistungen sehe. Da Sie sich erst einarbeiten müßten, kündigen wir Ihnen Gehalt nicht gar zu hoch sein, etwa 25 bis 30 M. pro Stunde. Wir arbeiten hauptsächlich in St. Pauli. Sind Sie noch bei beschäftigt? Sollten Sie eine sehr gesicherte Stellung innehaben, so bedenken Sie sich gut, ehe Sie diese Aufgabe aufgeben und zu mir kommen. Bei mir wäre die Stellung auch dauernd und gut bezahlt, wenn Sie sich einarbeiten können, wie aber schon gesagt, mit gutem Willen geht das. Wenn Sie ein Zeugnis haben, so wäre mir dessen Abschrift erwünscht, auch würde ich ein Zeugnis Ihres Herrn Pfarrers nicht verschmähen, ich kann nämlich nur Gehilfen gebrauchen, die sittenrein leben und sich tabellios führen, auf der Werkstätte darf kein unanständiges Wort gesprochen werden. Meine jetzigen Gehilfen entsprechen meinen Anforderungen schon aus sich selbst, so daß ich ein gutes Beispiel vorhanden ist. Haben Sie Ihren Brief vom 16. dieses Monats, der erst heute hier ankam, selbst geschrieben? Wenn nicht, dann antworten Sie mir gefälligst persönlich. Wenn Sie nun noch all dem, was ich schrieb, zu kommen denken, dann dürften Sie ohne Sorge sein, mit mir wird jeder fertig, der anständig ist und guten Willen hat. Die Musterabdrücke folgen hierbei zurid.

Wahlingsvoll Friedrich Prinz.

Wenn Herr Prinz im Interesse seines Geschäfts eine besondere Ehrlichkeit gefordert zur Schau trägt, so muß wir die Letzte, die ihm dies verüben oder sich darüber lustig machen wollen. Insect-Geldes mag er ja auch zusehen, daß er Verdrüssliche findet, die seinen Gehilfen einen Anfangslohn von 25 bis 30 M. bieten zu können, so verdient dies tiefer gehängt zu werden. Das ist ein Hungerlohn, Herr Prinz, über den sich kein Graveurgehilfe mit dem Gefühl seiner Sittlichkeit hinwegsetzen wird und von dem er nicht leben will und sich Heiden kann, zumal wenn er keine vermögenden Eltern hat. Wenn Herr Prinz also wieder annanziert, dann wissen die Kollegen jetzt, was er alles verlangt und wie wenig er bietet.

Modellkontrollen auf Matratzenlager.

Welche Mühe es sich die Unternehmer kosten lassen, um Streikbrecher herauszubekommen, zeigen die Briefe der Maschinenbau-Fabrik Leipzig-Blagwitz. Auf ein Inserat in der bürgerlichen Presse, wo die genannte Firma einen Modellkontrollen suchte, meldete sich ein selbständiger Tischler. Der Mann erbot sich, der Firma neue Modelle zu liefern, worauf ihm geschrieben wurde:

„Um neue Modelle sind wir nicht bedarfen, diese bekommen wir hier bei Tischlermeistern in ausreichender Menge. Wenn Sie aber hierher kommen und uns während des Streiks behilflich sein wollen. Modellentwürfen an vorhandenen Modellen in unserer Tischlerei vorzunehmen, so würden wir Ihnen solche in Afford vergeben, so daß Sie bei einigen Kleist auf 75 M. pro Stunde kommen. Um den Belastungen durch die Streikposten zu entgehen, könnten Sie kostenlos auf Matratzenlager in der Fabrik schlafen, die Matratzen würde Ihnen ein Lehrling besorgen. Ein anderer Weg wäre, wir engagieren Sie als Modellkontrollen (vorübergehend für zwei oder drei Monate, da wir sonst diesen Posten nicht haben) mit festem Wochenlohn und zwei- oder vierwöchiger Rindlungskfrist. Mehr wie höchstens 35 M. pro Woche könnten wir allerdings nicht geben. Natürlich würde Ihre wirkliche Tätigkeit die Anfertigung von Reparaturen an vorhandenen Modellen sein. Auch in diesem Falle könnten Sie kostenlos auf Matratzenlager in der Fabrik schlafen. Wir haben bereits einen Tischler mit vier Wochen Rindlungskfrist hier arbeiten, welcher ebenfalls Reparaturen macht. Wenn die Ihnen diese Vorschläge machen, geschieht es . . . der Annahme, daß Sie später doch werden Ihre Tischlerei weiterführen wollen und jetzt nur um die hause Saison in Ihrem Gewerbe herumkommen wollen. Wir bitten Sie, Ihre geschätzte Antwort nicht an die Firma, sondern an den Unterzeichneten zu adressieren. Hochachtungsvoll P. Luz, Ingenieur Brodhausstraße 29 I.“

Dem Tischlermeister war aber der ihm gebotene Lohn zu niedrig und teilte dieses der Firma mit; worauf er nachstehendes Schreiben erhielt:

„Wir erhielten Ihre Karte vom 11. cr. und wollen Sie mit dem gewünschten Lohn von 40 M. pro Woche einstellen, welcher aber in folgender Weise gezahlt wird: Sie erhalten jede Woche 33 M. ausgezahlt, außerdem alle 14 Tage eine Extrazulage von 14 M. Sie werden als Modellkontrollen mit Verpflichtung zum praktischen Modellieren angestellt auf Grund unserer allgemeinen Fabrikordnung, jedoch mit vierwöchiger Rindlungskfrist. Ihr Eintritt erfolgt am Montag und wollen Sie sich an diesem Tage entweder früh zwischen 7 und 8 Uhr, oder mittags zwischen 12 und 2 Uhr bei dem Unterzeichneten melden. Hochachtungsvoll F. M.: P. Luz.“

Dem Tischler wurden noch die Straßenbahnlinien angegeben, die er fahren sollte, um zur Wohnung des Herrn Luz an der Brodhausstraße zu gelangen. Auch sollte er bestätigen, daß er an dem betreffenden Montag die Arbeit aufnehmen werde. Der Mann überlegte es sich aber anders, er fand hierin keinen Gewinn an dem Matratzenlager und an der Stellung als Modellkontrollen mit der Verpflichtung zum praktischen Modellieren. Er zog es vor, als Modellkontrollen in einem geordneten Betrieb Arbeit zu nehmen.

200 Arbeitsstunden in zwei Wochen

leitete ein dem gelben Werkberetn angehöriger Arbeiter in der Sächsischen Maschinenfabrik zu Chemnitz. Das sind 16 Stunden 40 Minuten auf jeden der zwölf Tage. Daß diese Sorte Menschen für höhere Löhne keine Interessen haben, sondern nur Arbeiten und Essen kennen, ist ohne weiteres anzunehmen. Daß solche Elemente von Solidarität nichts wissen und auch keineswegs sich aller Unbill unterwerfen, versteht sich am Rande. Es sind in Wirklichkeit willenlose Arbeiter in Menschengestalt, die nur egoistisch zu denken verstehen.

Vom Ausland.

Süddeutsch.

Der Friede von Bukarest hat den Balkankrieg beendet und damit ergeben sich auch für die österreichische Volkswirtschaft neue Möglichkeiten der Entwicklung. Es hat wohl die Volkswirtschaft in anderen Industrieländern in dem Maße durch den Balkankrieg gelitten, wie die der Donaumonarchie. Beunruhigt durch die geographische Lage und durch zahlreiche historische Verbindungen, war der Balkan zu einem traditionellen Absatzgebiet der österreichischen Monarchie geworden. Durch die unruhigen Verhältnisse der österreichischen Regierung haben die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Balkanländern wohl mannigfache Störungen erlitten, aber immerhin war bis in die letzte Zeit der Handelsverkehr ziemlich reger. Die österreichische Regierung des Agrarismus erwies sich wohl die Einfuhr agrarischer Produkte aus dem Balkan her-

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)

Samstag, 6. September:
 Dortmund-Gröbe, Hantelstr. 10, halb 9 Uhr.
 Gießen, Gießerei, Markt, 12-1 Uhr.
 Torgelow i. P., G. Ruffertstr.

Sonntag, 7. September:
 Gagen (Schmiede u. v. v. v. v.), Markt, Köhnerstr. 10, halb 11 Uhr.

Dienstag, 9. September:
 Rindberg (Bauarbeiter u. Instalt.), Verbandsbüro, Markt, 8 Uhr.
 Stendal-Gröbe, Deutscher Hof, Markt, 12, halb 9 Uhr.
 Wittendörge, Bürgergarten, halb 9.

Mittwoch, 10. September:
 Gagen-Deeregen, Güter, halb 9.
 Frelshaus-Deeregen, Gohmann, 1/9.
 Rindberg, (Graveure), Verbandsbüro, Markt, 8 Uhr.
 Wismar, Arbeiterheim, punkt halb 9.

Donnerstag, 11. September:
 Rindberg, (Graveure), Markt, 7.
 Rindberg, Monopol, Markt, 8.
 Stendal-Gröbe, (Schmiede), Markt, 1/9.

Freitag, 12. September:
 Stendal-Gröbe, (Schmiede), Markt, 1/9.

Samstag, 13. September:
 Barmer-Gröbe, (Formen, Gießerei), Markt, 7.
 Barmer-Gröbe, (Schmiede), Markt, 7.
 Brau, (Wagner), Markt, 7.
 Brau, (Wagner), Markt, 7.
 Brau, (Wagner), Markt, 7.

Arbeitsnachweise.

(In den nachfolgenden Angehörten sind die genannten Branchen in Klammern vermerkt.)

Wien: (Formen u. Klemmer) Verbandsbüro, Markt, 12-1 Uhr.
Berlin: (Feilenhauer) Markt, 12-1 Uhr.
Mann: (Liebenwalderstr. 4) Markt, 12-1 Uhr.
1. Quergeb. 3.
Bielefeld, Brauköbe und Schloß: (Feilenhauer) Markt, 12-1 Uhr.
Chemnitz und Hohenstein-Gröbe: (Feilenhauer, Klemmer) Markt, 12-1 Uhr.
Darmstadt: (Alle Berufe) Markt, 12-1 Uhr.
Wismar: (Feilenhauer) Markt, 12-1 Uhr.
Stendal: (Feilenhauer) Markt, 12-1 Uhr.
Stendal-Gröbe: (Feilenhauer) Markt, 12-1 Uhr.
Stendal-Gröbe: (Feilenhauer) Markt, 12-1 Uhr.
Stendal-Gröbe: (Feilenhauer) Markt, 12-1 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin: Feilgeb wird nur morgen von 9-10 Uhr oder nachmittags von 4-5 Uhr, Außerhalbunterstützung nur von 9-10 Uhr morgens ausbezahlt.

Wien: Feilgeb im Bureau, Silberbergstr. 2 p., von 5-6 Uhr nachmitt. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Röthen: Als Beauftragter wurde der Kollege Otto Lemm, Schloßleben, gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Neubrandenburg: Reiseunterstützung und Vorkosten wird hier nicht ausbezahlt.

Dresden (Sachl.): Sämtliche Bewerbungen sind nur an den Bevollmächtigten Kurt Richter, Coblenzstr. 28 E 1, zu richten.

Wien: Die hiesige Verwaltung sucht zu baldigem Eintritt einen Bureauassistenten, der hauptsächlich die Expeditionen zu erledigen hat, jedoch auch agitatorisch und rednerisch tätig sein soll. Gehalt nach Staffell 2 der Dresdener Gehaltskala. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre der Organisation angehören und haben ihr Gehalt unter Angabe der bisherigen Tätigkeit im Verbandsbuch zum 15. September an Ernst Rauch, Rosenthalstraße 33, einzureichen. Das Ruver muß die Aufschrift "Bewerbung" tragen.

Die in den Nummern 29 und 30 der Metallarbeiter-Zeitung ausgetretene Stelle eines Geschäftsführers ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Diez, Albed. Die für diese Stelle eingegangenen Bewerbungen sind mit Berücksichtigung und den zur engeren Wahl gestellten Kollegen wird vorher Mitteilung zur Mitbestimmung gemacht.

Siegen: Zum Geschäftsführer wurde Kollege Karl Wertz Müller, Umling, gewählt. Den anderen Bewerbern besten Dank.

Gestorben.

Leipzig: Clemens Uhlig, Klempner, 49 Jahre.

— Paul Meyer, Schlosser, 34 Jahre.

— Wilhelm Güter, Drehl., 16 J., erkrankt.

— Friedrich Adolf Heide, Dreher, 62 J.

— Hermann Bernicke, Former, 57 J.

— Schramm, Joseph, 47 Jahre, erkrankt.

— Schramm, Joseph, 47 Jahre, erkrankt.

— Schramm, Joseph, 47 Jahre, erkrankt.

— Schramm, Joseph, 47 Jahre, erkrankt.

Vertrauensleutezusammenkünfte.

Geel-Meerdinger: Montag, 15. Sept., ab 7 Uhr, bei Weis in Urdingen.

Chemnitz (Weichmetall): Samstag, 13. September, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.

Sonntag, 21. September:
 Minden i. W., Kolosseum, halb 10.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Zifeure

in Berlin C. 54, Dinnertstraße 83/85.

Privat-Anzeigen.

(Schließen betr. die Arbeitgeber sind niemals an die Redaktion, sondern nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

— Gesucht ein tüchtiger Maschinenbauer auf "Heron-Maschinen". —
 H. Reuge, Samsburg 36, Filialpost 5. Mittelg.

Monteur für Buchdruckpressen
 gesucht. Derselbe muß Montage und Reparaturen selbständig und gewissenhaft ausführen können. Bewerber wollen Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche einreichen an Paul Ganschow, Reparaturwerkstätte, Bremen, Gröbe 68/68. Generalvertreter der Firma G. C. Meißner, Hannover-Gröbe.

— Tüchtigen Feilenhauer sucht —
 H. Reuge, Samsburg 36, Filialpost 5. Mittelg.

— Ein tüchtiger Feilenhauer auf alle Sorten für dauernde Arbeit gesucht. Bei Kaufmann, Hamburg 24, Steinstraße 3.

Druck und Verlag von Alexander Schöde & Cie., Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Stuttgart, Rüststraße 16 B.

Arbeiter-Zeitung (Nr. 87 vom 11. August) mittelst, fand am 9. August eine Verammlung der Streikenden statt, in der ein Schiedsgerichtskomitee der Chicago Federation of Labor amfand war, um von den Streikenden selbst zu erfahren, ob der Streik ein berechtigter ist, und ob die Chicago Federation of Labor diesen Streik zu einer "Hauptfrage" machen soll. Die eigentliche Sache des Beschlusses des Komitees war, dem Merit System oder Bonus System auf den Grund zu kommen, denn die Chicago Federation of Labor glaubte es nicht, daß es möglich sei, daß eine als "arbeiterfreundlich" bezeichnete Firma, wie die Eugene Diekgen Manufacturing Company, noch ein Lohnsystem hätte. Aus den Ausfagen der Streikenden ging hervor, daß Maschinenarbeiter, die in anderen Geschäften 21 Dollar die Woche verdienten, bei der Eugene Diekgen Manufacturing Company nur 15 Dollar erhielten. Die Arbeit war eine Stillearbeit und wenn die Arbeiter nicht auf diese 15 Dollar die Woche kamen, so wurden sie mit dem Unterlohn als Schuldner der Firma Eugene Diekgen Manufacturing Company gebucht. Ein alter Genosse erklärte der Kommission, daß er nicht wisse, wie viel er der Eugene Diekgen Manufacturing Company schulde. Der Arbeiter wurde dadurch unumwunden zu mehr Leistung angetrieben, und wenn es ganz nicht mehr ging, bekam er eine andere Arbeit. Hat der Arbeiter nun mit dieser Arbeit mehr Glück gehabt, das heißt daß er 2 bis 3 Dollar in der Woche mehr verdient, als sein Lohn ausmachte, dann wurde dem Arbeiter das abgezogen, um erst seine Schulden bei der Eugene Diekgen Manufacturing Company auszugleichen. In 3 oder 4 Fällen von etwa 100 Angehörten wurde gezeigt, daß sie als die besten Arbeiter 24 Dollar die Woche erhielten. Dagegen wurde auch gezeigt, daß viele andere von den Arbeitern nur 10 und 12 Dollar in der Woche verdienten. Ein Arbeiter, der zehn Jahre bei der Firma arbeitete, hatte in allen diesen Jahren nur einen Lohn bekommen, auf dem er mehr als seinen Lohn verdienten. In vielen Fällen wurde die Reduzierung des Lohnes den Arbeitern erst mitgeteilt, als die Arbeit schon halb fertig war. Diejenigen, die in der Herstellung von gewissen Teilen an den Maschinen etwas verdienten, bekamen erst das Geld ausbezahlt, nachdem die ganze Arbeit in den Lagerraum ging, was in den meisten Fällen 5 bis 6 Monate bis zu einem Jahr dauerte. Am meisten verärgert hat die Arbeiter das Treiben eines gewissen, der ebenfalls als Genosse bezeichneten Bierbauer, der bis vor kurzem der Generalmanager der Firma war. Der Bericht in der Chicago Arbeiter-Zeitung ist unterzeichnet vom Wm. Schönberg, Geschäftsagenten der Maschinen.

Die Firma Eugene Diekgen Manufacturing Company sucht den Betrieb mit Streikbrechern weiterzuführen. Dabei sind sie, wohl auf Veranlassung der Unternehmerorganisation, selbst Unterstützung durch eine Konstruktionsfirma.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Vorwärts-Bibliothek. Eine Sammlung vollständiger Romane und Erzählungen. Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis für jeden gut eingebundenen Band 1 M. — Mit dieser Bucherammlung hat die Buchhandlung Vorwärts einen neuen Versuch zur Bekämpfung der Schundliteratur gemacht. Was vom streng literarischen Standpunkte auch gegen das eine oder das andere dieser Bücher noch etwas einzuwenden sein, so muß man doch sagen, daß sie für die Arbeiterklasse doch einen wesentlichen Fortschritt bedeuten. Dies letztere gilt auch für die uns vorliegenden letzten drei Bücher aus der Sammlung: In den Tod getrieben. Erzählungen von Ernst Kreczong. — Der Pariser Garten und anderes von Minna Kantatz. — Mutter. Ein Frauenstück von S. Herz.

Im Verlag von J. G. Neumann Neudamm in Stuttgart ist soeben erschienen als Nr. 28 der Kleinen Bibliothek: Die Wetterkunde. Eine Anleitung zum Studium der Wettervorgänge für den Freund der Natur. Von Gustav Walter. Mit zwanzig Abbildungen und einer farbigen Tafel. 107 Seiten. Preis gebunden 75 P., gebunden 1 M. Vereinstpreis 50 P. — Raum ein anderer Zweig der Naturwissenschaften findet so allgemeine Interesse wie die Wetterkunde. Jeder Mensch wird durch das Wetter in seinen Stimmungen und Handlungen beeinflusst, aber die meisten stehen dem Wandel der Wettervorgänge, den Ursachen von Wind und Wetter ohne Kenntnis gegenüber. Dem soll dieses Büchlein abhelfen. Es will ein Berater für alle jene sein, die sich einmal nach den Ursachen der Wettervorgänge erkundigen wollen. Es fehlt keine Kenntnis der wissenschaftlichen Grundlagen dieser Erscheinungen voraus, soll in möglichst volkstümlicher Darstellung die Wetterkunde bringen und das Interesse an diesen Naturerscheinungen wecken. Fremdwörter sind möglichst vermieden, und wo sie dennoch nicht zu umgehen waren, sind sie erklärt.

Die Werkzeugmaschinen für Metallbearbeitung von Ingenieur Professor Hermann Wildt in Bremen 2 Teile. I: Die Mechanismen der Werkzeugmaschinen. — Die Drehbänke. — Die Fräsmaschinen. Mit 319 Abbildungen. II: Die Bohr- und Schleifmaschinen. — Die Hobel-, Schabung- und Stoßmaschinen. — Die Sägen und Sägen. — Antrieb und Kraftbedarf. Mit 206 Abbildungen. (Sammlung Götsche Nr. 561/62.) G. J. Göttsche'sche Verlagshandlung G. m. b. H. in Berlin und Leipzig. Jeder Band in Leinwand gebunden 90 P. — Diese beiden Bände bilden ein zwar wenig umfangreiches, aber vollständig inhaltreiches Spezialwerk über die Werkzeugmaschinen. Es werden die neuesten Typen angeführt, unterstützt von sehr zahlreichen Abbildungen. Der Text ist, soweit wir ihn gelesen haben, trotz der gebotenen Kürze deutlich. Jüngere Kollegen, die sich zunächst über das Notwendigste unterrichten wollen, ist dieses Werk besonders zu empfehlen. Der darin enthaltene Literaturverzeichnis wird ihnen dann einen Fingerzeig für etwaige weitere Studien geben.

Die Leistungen in ihrer Anwendung für gewerbliche Zwecke. Ein Hand- und Hilfsbüchlein für sämtliche Metallgewerbe von A. Leber, Geh. Bergamt und Professor an der Königl. Bergakademie zu Freiberg in Sachsen. Vierte neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Mit 45 Abbildungen im Text. Bearbeitet und herausgegeben von Prof. Dipl.-Ing. O. Bauer. Berlin W. Verlag von H. Schöbe, 214 Seiten. Preis gebunden 4 M. — Wenn dieses Buch noch der Aufmerksamkeit der Leser wert ist, so ist es, weil es auf diesem Gebiete die für die Praxis bestimmten und gemeinverständlichsten Literatur nicht enthält. Selbstverständlich hat der Herausgeber es sich angelegen sein lassen, in der neuen Auflage auch alle Erzeugnisse der Technik zu berücksichtigen.

Die Geschichte der deutschen Tischlerei. Bearbeitet von Hans Drosch. Verlag des Zentralverbandes der Tischler und Berufsvereine Deutschlands. Berlin SO. 35, Wienerstraße 7. 500 Seiten. Preis gebunden für Gewerkschaftsmitglieder 3 M., im Einzelhandel 6 M. — Bekanntlich ist die Tischlerei wohl eine der ältesten Handwerke der Menschheit. Vorwiegend hat es Erzeugnisse der Tischlerei, die von dem Stande der Menschheit gehen, bis über den Zustand der Tiere zu erheben. Die Entwicklung der Tischlerei ist darum zugleich ein Spiegelbild der Menschheit. Nicht wieder aber ist die Tischlerei Bewegung auch ein wichtiger Teil der Arbeiterbewegung überhaupt und es ist darum sehr verständlich, daß der Zentralverband der Tischler für die Herausgabe dieses Geschichtsbuches Sorge hat. Was wir in diesem Bände gelernt haben, ist interessant genug, wenn wir auch die Kontrolle auf die Richtigkeit der Angaben nicht übernehmen können. Die Ausstattung des Buches ist sehr schön und die Ausstattung des Textes ist ebenfalls sehr schön.

berührt und damit auch den Balkanstaaten die Luft genommen, österreichische Industriewaren zu kaufen, aber die natürliche wirtschaftliche Anziehungskraft erwies sich als so groß, daß sie sich selbst gegen die verächtliche Politik der österreichischen Regierung behauptete.

Als dann der Balkankrieg ausbrach, zählte denn auch die österreichische Industrie zu den ersten Leidtragenden. Handel und Wandel am Balkan hörten auf, fast alle Geschäfte konnten infolge eines allgemeinen Marasmodums ihre Zahlungen einstellen, wodurch die österreichischen Gläubiger aufs schwerste getroffen wurden. Die Wirkung auf die österreichische Industrie war geradezu zerrütend. Betriebsreduzierungen über Betriebsreduzierungen wurden gemeldet, Arbeiterentlassungen fanden in ausgedehntem Maße statt. Fast alle Industriezweige gerieten in eine schwere Krise. Nur solche Industrien, die sich mit der Beschaffung von Kriegsmaterialien beschäftigten, hatten noch eine gute Geschäftszeit, weil die österreichische Regierung bekanntlich selbst Gold über Kopf rüstete. Auf dem Eisenmarkt, in der Metallindustrie und auch in manchen Teilen der Maschinenindustrie herrschte noch monatelang ein guter Geschäftsgang, während alle anderen Industrien bereits schwer unter der Krise litten. Im Frühjahr dieses Jahres brachen aber auch die Industrien zusammen, denen es bisher besser gegangen war.

Dazu kam, daß sich nunmehr die Geldknappheit immer empfindlicher bemerkbar machte. Der Zinssatz erreichte eine Höhe, die schon fast Jahrzehnte in Österreich nicht zu konstatieren war. Die Folge war das Unterbleiben vieler notwendiger Betriebsvermehrungen, sowie das fast völlige Aufhören der Bautätigkeit.

Die Wirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt waren furchtbar. Die Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, war für viele Tausende gesunden. Man sieht dies, wenn man einen Blick auf die Ergebnisse der österreichischen Arbeitsvermittlung wirft: Im Juni des Jahres 1912 waren auf 100 Gesuche um Arbeit 56,3 Vermittlungen entfallen, im Juni 1913 fiel die Zahl der Vermittlungen auf 43,2. In den drei großen Berufsabteilungen entfielen auf 100 Gesuche Arbeitsvermittlungen:

	Juni 1912	Juni 1913
Land- und Forstwirtschaft	70,67	67,4
Industrie und Bergbau	59,0	45,7
Handel und Verkehr	18,0	14,1

Das Frühjahr 1913 war, wie diese Zahlen zeigen, für die Arbeiter viel schwerer als das des Vorjahres. Die Möglichkeit, Arbeit zu finden, war beträchtlich gesunken. Noch deutlicher tritt das zutage, wenn man den Arbeitsmarkt der einzelnen Industriezweige überblickt. Wir greifen einige besonders bezeichnende Beispiele heraus, fügen aber hinzu, daß es in den meisten anderen Industriezweigen nicht viel besser aussieht. Auf 100 Gesuche entfielen Vermittlungen:

	Juni 1912	Juni 1913
Industrie der Steine, Erde z.	66,9	42,6
Metallbearbeitung	52,6	33,5
Industrie der Maschinen, Apparate z.	41,6	26,5
= Holz- und Schnitzwaren	57,3	36,0
Textilindustrie	57,8	37,9
Bekleidungs- und Fußwarenindustrie	64,6	57,7
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	50,0	40,9
Woll- und Schafwolle	79,5	69,0
Baugewerbe	78,3	41,8
Graphische Fächer	66,5	50,2

Die Arbeitslosigkeit ist ganz außerordentlich gestiegen. Auch die Industrien, die sich bisher haben behaupten können, sind zusammengebrochen. Ein schwerer Rückschlag fand sich auf die österreichische Volkswirtschaft herab, ein Rückschlag, der vor allem die vielen zehntausende Arbeiterfamilien traf, die nunmehr Arbeit und damit ihr Brot verloren hatten. Zu all dem Jammer, den die Einberufung und das monatelange Festhalten der Reservisten über die österreichischen Völker gebracht hatten, kam das Gefühl der Arbeitslosigkeit und vermehrte das Elend um ein Vielfaches.

Nun ist am Balkan der Friede geschlossen worden. Der Friede scheint endgültig zu sein, denn Europa ist der Balkanbande fast und will Ruhe haben. Auch die Kämpfe des Großen Berichts konnten den endgültigen Friedensschluss nicht verhindern. Er ist mit seiner verächtlichen Forderung auf Revision des Friedensvertrages glücklicherweise abgelehnt. Man kann mit dem Frieden als einer früheren Lage rechnen und untersuchen, wie er auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs wirken wird. Am Balkan wird sich in den nächsten Jahren ein reges Wirtschaftsleben entfalten. Die bis jetzt von der Türkei vernachlässigten Gebiete haben neue Herren erhalten, die sich ihre wirtschaftliche Entwicklung werden angelegen sein lassen. In Macedonien und Thracien wird eine moderne Verwaltung eingerichtet werden; man wird Bahnen bauen und weite Gebiete dem Handel erschließen. Der junge Nationalismus Serbiens, Bulgariens, Griechenlands, Rumaniens hat ein begründetes Wirtschaftsgebiet erhalten, dessen Ausnutzung seine Entwicklung fördert. Wohl wird man versuchen, auf dem Balkan eine Industrie emporzuhelfen, aber auf viele Jahrzehnte hinaus kann keine Rede davon sein, daß diese Industrie den Bedarf im eigenen Lande zu decken imstande ist. Der Balkan wird in den nächsten Jahren ein noch größerer Abnehmer der europäischen Industriewaren sein, als vor dem Kriege.

Es fragt sich nun, von welchem Lande er sie beziehen wird. Kein Zweifel, daß von dem Balkanmarkt ein wilder Kampf der Industrienanten beginnt wird, in dem Österreich nicht gerade die besten Chancen hat. Wohl könnte Österreich die besten Chancen haben, aber leider hat seine Regierung alles getan, um diese Chancen zu verderben, und es ist sehr die Frage, ob die Verantwortung der Herrschenden soweit reichen wird, um eine entsprechende Handelspolitik zu erwidern. Dahin hängt jetzt sehr viel ab. Wenn die österreichische Regierung nicht von allen Göttern verlassen ist, dann muß sie ihr Augenmerk darauf richten, mit dem Balkanländern gute wirtschaftliche Beziehungen herbeizuführen. Das wird freilich nicht gehen, wenn man nur jedem Scharwanzeln der populären Agitation zustimmt. Auf die Bedürfnisse der Industrie muß Rücksicht genommen werden und geschieht dies, dann würde wohl die jetzige Krise bald einer günstigen Situation weichen. Was an der österreichischen Arbeiterklasse liegt, wird gesehen, um die Regierung zu einer vernünftigen, handelspolitischen Handelspolitik zu bewegen.

Die Wiener Metallarbeiter haben ihre Lohnbewegungen günstig beendet. Für die Arbeiter der Metallwarenindustrie ist ein Vertrag abgeschlossen worden, bei dem Arbeiter eine Reihe von Vorteilen bringt. Die effektivste Maßnahme ist die von 57 auf 53 1/2 Stunden herabgesetzt werden. Eine nicht unbedeutende Lohnerhöhung greift Platz. Die Löhne werden mit 25 Prozent, die Lohnarbeit mit 10 bis 15 Prozent Aufschlag vergütet. Samstagsarbeit, soweit diese gestattet ist, wird den Professionsarbeitern und den qualifizierten Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen an Maschinen mit einem Aufschlag von 70 Prozent bezahlt, während der Aufschlag für die übrigen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen 50 Prozent beträgt. Den Maschinenarbeitern wird ein Grundlohn gewährt. Dieser Betrag gilt bis zum 1. März 1916.

Ein ähnlicher Vertrag wurde für die Wiener Kupfer- und Metallgießer abgeschlossen. Auch hier wurde die Arbeitszeit mit 53 1/2 Stunden herabgesetzt, eine Lohnerhöhung greift und eine Reihe anderer Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse bewirkt. Angesichts der allgemeinen politischen Lage bedeutet der Abschluß dieser beiden Verträge einen außerordentlichen Erfolg des österreichischen Arbeiterkampfes.

Bericht über den Krieg.

Bei der Firma Eugene Diekgen Manufacturing Company in Chicago wurde die Arbeit...